



AUFBRUCH INS 21. JAHRHUNDERT

**BESCHLUSSHEFT DER
LANDESDELEGIERTENKONFERENZ
08. NOVEMBER 2009**

 **JUSOS**
HAMBURG ■

INHALTSVERZEICHNIS

Leitantrag

Aufbruch ins 21. Jahrhundert.....	1
A2 - Genügend Ausbildungsplätze im Doppelabiturjahrgang 2010.....	8
A3– Ein sozialdemokratisches Steuerkonzept – Aufgabe und Herausforderung	10
A4 - Für einen zukunftsfähigen Sozialstaat.....	14
A5 – Hilfe für Obdachlose in Hamburg verbessern.....	17
A6 – Ein zweites Metropolis tut Hamburgs Kinolandschaft gut.....	21
A7 – Für einen Paradigmenwechsel in der Lehrerausbildung.....	23
A8 – Für angemessene Stundenzahlen in der Schule	28
A9 – In der Kürze liegt die Würze? – Qualitätsprüfung zu G8.....	30
A10 - Schwusos endlich gleichstellen - Für eine Anerkennung als Arbeitsgemeinschaft	32
A11 – Es ist Nacht? Ann schaltet die Ampeln aus.	36
A13 – Hamburgs Stadtteilkultur muss erhalten bleiben.	37
A14 – Stadtrad statt InnenStadtrad.....	39
A15 – Faire Entlohnung für Medizinerinnen im Praktischen Jahr	40

Initiativanträge

I1 – Eine sozialdemokratische Rente	41
I4 - Eingetragene Lebenspartnerschaften gleichstellen – JETZT!.....	45
I5 – Gründung eines Forums „Netzpolitik“	47
I6 – Was ist ein Initiativantrag?.....	49
I7 – Eine lebendige Stadt braucht Kontraste – Solidarität mit „Komm in die Gänge“	50
I8 – Wer nicht rauchen darf, soll auch nicht passiv rauchen müssen!	52

1 Aufbruch ins 21 Jahrhundert

2

3

Besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, daß jede Zeit eigene Antworten will.

4

Willy Brandt

5

I. Die SPD: Ohne Orientierung, ohne Selbstvertrauen

6 Die SPD hat bei der Bundestagswahl 2009 ein Desaster erlebt. Im Vergleich zu anderen
7 Wahlen der letzten Jahre – wie der Europa- und Bürgerschaftswahl – stellt auch das
8 Hamburger Ergebnis keinen Lichtblick mehr dar. Auch die starken Zugewinne bei den
9 Jung- und Erstwählern, die damals festzustellen waren, konnten bei dieser Wahl nicht
10 wiederholt werden. Wählerabwanderungen fanden in Richtung aller Parteien statt, vor
11 allem aber zu den Nichtwählern. Die SPD hat den Menschen bundesweit nicht die
12 Möglichkeit gegeben sich mit der SPD zu identifizieren und keinen Grund gegeben, ihre
13 Stimme überhaupt und für die SPD abzugeben. Die SPD versucht noch immer, mit
14 Rezepten und Konzepten aus der Vergangenheit Wählerschichten zu überzeugen, die es
15 heute gar nicht mehr gibt und es wurde versäumt, sich gesellschaftlichen Änderungen
16 anzupassen. Die SPD hat keine sozialdemokratische Idee für das 21 Jahrhundert, an der
17 Orientierung möglich ist. Ehemalige Kernwählerschaften sind längst dazu bereit, den
18 klassisch bürgerlichen Parteien CDU und FDP sowie den Grünen ihre Stimme zu geben.
19 Auch die Linkspartei konnte erneut sehr viele Stimmen von der SPD gewinnen. Die
20 Wähler und Mitglieder wissen nicht mehr wofür die SPD steht, welche Gesellschaft sie
21 entwickeln will.

22 Hinzu kommt eine innere Zerstrittenheit und Verunsicherung, die nach außen getragen
23 wird. Keine andere Partei geht derart unprofessionell mit internen Konflikten um, keine
24 Partei stellt sich nach außen derart unentschlossen und profillos dar. Dieses ist logische
25 Folge der Konzept- und Ideenlosigkeit der Partei. Die Flügel und Gruppierungen
26 verkommen zu Vertretern von Partikularinteressen, weil sie sich nicht mehr hinter der
27 einenden Idee versammeln können.

28 Momentan erschöpft sich die Partei abermals in einer Personaldebatte, anstatt die
29 unglaublichen Koalitionsvorhaben von schwarz-gelb öffentlich zu kommentieren. Es
30 gelingt uns nicht, die öffentlichen Diskussionen zur neuen Regierungskoalition und

31 ihren Plänen maßgeblich zu nutzen und zu beeinflussen, bzw. einfach nur der Partei
32 Raum für eine Diskussion zu schaffen.

33 Damit setzt sich fort, was bereits in der großen Koalition zu beobachten war: Obwohl die
34 SPD es geschafft hat der Koalition in vielen Einzelfragen ihren Stempel aufzudrücken, ist
35 sie geschwächt wie niemals zuvor aus ihr hervorgegangen. Weder hat man es den
36 Mitgliedern der SPD gestattet ausreichend an Entscheidungs- und
37 Gestaltungsprozessen teilzuhaben, noch konnte man die erzielten Erfolge nach außen
38 tragen. Als Ergebnis hat man es nicht mehr geschafft zu vermitteln, wofür die SPD als
39 Partei eigentlich noch steht. , weil man es selbst nicht mehr genau weiß. Ohne Idee und
40 Identität half auch die beste Werbekampagne nichts. Sie bedeckte nur notdürftig die
41 Blöße. Werbemittel und politische Kommunikation können Inhalt und Identität nicht
42 ersetzen.

43 II. Inhaltlicher Aufbruch

44 Das Abschneiden unserer SPD bei den letzten Wahlen ist kein deutsches oder gar
45 Hamburger Problem. In ganz Europa verliert die Sozialdemokratie das Vertrauen der
46 Bürgerinnen und Bürger. Waren 1998 noch eine große Mehrheit der europäischen
47 Regierungen sozialdemokratisch geführt, sind heute die Staatschefs mehrheitlich
48 konservativ. Das spricht für eine grundlegende Vertrauenskrise in die europäische
49 Sozialdemokratie als solches. Somit wird es nicht genügen, einfach nur gegen sie
50 schwarz-gelben Regierungspläne zu sein oder auf den „Oppositionseffekt“ bei den
51 Landtagswahlen zu hoffen. Die SPD muss sich vielmehr auf den mühsamen Weg der
52 Redefinition begeben.

53 Die SPD muss jetzt begreifen, dass es um ihr Fortbestehen als Volkspartei geht. Sie muss
54 in einem umfangreichen inhaltlichen Erneuerungsprozess definieren, wofür
55 sozialdemokratische Politik im 21. Jahrhundert steht. Diese Idee muss aus der Partei
56 entwickelt werden und darf nicht von oben vorgegeben werden. Die SPD benötigt
57 wieder eine einende Idee, wie sie sich die Gesellschaft vorstellt. Diese Idee kann nur
58 zusammen mit großen Teilen der Bevölkerung entwickelt werden. Gesellschaftliche
59 Veränderungen müssen wieder wahrgenommen werden und sich in dieser
60 Programmatik niederschlagen. Die SPD braucht eine klare Identität. Diese muss wieder
61 freigelegt werden und sich in klarem Profil und innovativen Vorschlägen niederschlagen.

62 Die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität werden die Partei dabei leiten. Sie
63 müssen aber wieder neu mit Leben gefüllt werden.

64 Die SPD muss klar benennen mit welchen Konzepten und welcher Politik man der
65 Bevölkerung ein politisches Angebot machen kann, welches uns wieder in die Lage
66 versetzt Hamburg, Deutschland, Europa und die Welt gestalten zu können, in Hamburg
67 wie auf Bundesebene.

68 Der Strategieprozess „Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert“ sollte als breiter
69 Diskussionsprozess in der gesamten Partei angelegt sein und in einem Leitbild münden.
70 Dieses darf sich nicht in konkreten Sachfragen und Formelkompromissen verlieren,
71 sondern soll Eckpunkte für sozialdemokratische Politik formulieren, die im Sinne eines
72 roten Fadens dann Grundlage für unsere Arbeit in den kommenden Jahrzehnten werden
73 kann. Nur wenn Mitglieder und Bürger das Gefühl bekommen, dass hinter unserem
74 Handeln tatsächlich unsere Werte stehen, kann die SPD wieder als eine Partei
75 wahrgenommen werden, die Zukunft attraktiv gestalten will und kann. Zudem schaffen
76 wir damit wieder die notwendigen Alleinstellungsmerkmale, die uns im
77 Bundestagswahlkampf so schmerzlich abhanden gekommen waren. Nur wenn dieses
78 Leitbild aus der Mitte der Gesellschaft entwickelt wurde, werden die Bürger sich
79 langfristig bei der SPD wiederfinden.

80 Die SPD war immer die Partei des Fortschritts. Diesen Anspruch konnte sie bei der
81 letzten Bundestagswahl nicht mehr glaubhaft darstellen. Zu sehr erhaltend und
82 rückwärtsgewandt waren große Teile der Programmatik. Der SPD muss es wieder
83 gelingen Anschluss zu finden an technische Veränderungen und progressive
84 gesellschaftliche Gruppen. Nur wenn es uns gelingt, Veränderungen zu erkennen und
85 diesen in ihrer Mitte Raum zur Entfaltung zu geben und aktiv voran zu treiben, sind wir
86 wieder attraktiv für junge Menschen. Ein Blick zurück wird der SPD wenig helfen. Die
87 Antworten von gestern taugen nicht für die Zukunft. Diese muss die SPD aber neu
88 gewinnen.

89 In der Opposition muss die SPD wieder lernen Fragen zu stellen, anstatt nur Antworten
90 zu geben. In einer überkomplexen Welt kann die SPD nicht auf jede Frage eine politische
91 Antwort geben. Sie kann aber die Richtung der Entwicklung vorgeben und gestalten. Im
92 Erneuerungsprozess müssen wir uns öffnen, um aus vielen Bereichen Menschen mit
93 unterschiedlichstem Wissen, Fähigkeiten und Lebensrealitäten ein Forum zu geben.

94 Die Gesellschaft funktioniert immer mehr durch Wissen, Vernetzung und Kreativität. An
95 diese Entwicklung hat die SPD bislang kaum Anknüpfungspunkte gefunden. Auch die
96 Entwicklungen der sozialen Netzwerke ermöglichen den Bürgern vollkommen neue
97 Formen der Kommunikation, der Darstellung und des politischen Engagements. Darauf
98 muss die SPD auch programmatisch reagieren.

99 Die Vergangenheit aufzuarbeiten lässt die Partei nur auf der Stelle treten; die Partei
100 braucht einem gemeinsamen Aufbruch in die Zukunft.

101 III. Organisatorische Erneuerung

102 Neben der inhaltlichen Herausforderung steht der SPD auch eine organisatorische
103 Herausforderung bevor. Die SPD schrumpft und altert zurzeit gleichermaßen. Die
104 finanzielle Ausstattung erodiert durch sinkende Beiträge und weniger
105 Wahlkampfkostenerstattung.

106 Vielerorts funktionieren untere Gliederungen als politische Einheiten nur noch
107 schleppend. Auch dieser Herausforderung müssen wir uns stellen.

108 Unsere Gesellschaft wird individueller und vielseitiger. Immer weniger Menschen
109 organisieren sich in Massenorganisationen wie Kirchen oder Gewerkschaften. Gerade
110 auf unsere klassischen Vorfeldorganisationen können wir uns als Motoren unserer
111 Willensbildung immer weniger verlassen. Wir müssen die Lücke füllen, die sie
112 hinterlassen haben.

113 Die SPD braucht daher ein Konzept, wie man die Parteiorganisation effizient aufstellt,
114 um reibungslos jenseits der Massenpartei zu funktionieren. Zielsetzung muss die
115 Anpassung der Organisationsstruktur an die Leistbarkeit der ehrenamtlich Aktiven sein.
116 Dieses Konzept sollte sich auch mit dem Verhältnis Hauptamtlich/ehrenamtlich
117 befassen und sicherstellen, dass die Partei auf allen Ebenen politikfähig bleibt. Derzeit
118 müssen aktive Mitglieder zu viel Zeit in den Apparat investieren, diese Zeit fehlt ihnen
119 für die Arbeit mit den Menschen vor Ort. Eine strukturelle Vereinfachung des
120 innerparteilichen Willensbildungsprozesses scheint daher geboten; digitale Medien
121 können dabei hilfreich sein.

122 Die SPD muss als Partei in den Stadtteilen wahrnehmbar und ansprechbar sein. Sie muss
123 auf die Vereine und gesellschaftlichen Organisationen vor Ort zu gehen. Sie muss ein

124 offenes Ohr für die Wünsche und Probleme der Bevölkerung/Bürger haben. Sie muss
125 sich wieder als Institution etablieren, die sich für Menschen einsetzt.

126 Die Verwurzelung in den Stadtteilen bringt neue Impulse aus der Bevölkerung, Die SPD
127 muss in ihrer internen Arbeitsweise die Voraussetzungen dafür schaffen, dass aus
128 Impulsen politische Positionen werden können.

129 Diese Aufgaben müssen von den aktiven Mitgliedern vor Ort geleistet werden. Die SPD
130 ist auf kommunalpolitischer Ebene nur so stark wie ihre handelnden Akteure. „Von
131 Genossen, für Genossen“ muss dabei ein Leitsatz werden, der es allen Mitgliedern
132 ermöglicht, auf einen möglichst breit gefächerten Wissenspool zuzugreifen und die
133 kommunalpolitische Arbeit im steten Austausch zu verbessern. Die Partei muss deshalb
134 dafür Sorge tragen, dass die Mitglieder befähigt werden, ihren Aufgaben
135 nachzukommen und ihre Zielsetzungen umsetzen zu können. Die Lösung unserer
136 Probleme wird sich nicht durch Mehrarbeit der derzeitig Aktiven lösen lassen. Eine
137 Hinwendung in die Stadtteile bedeutet auch eine Verlagerung von Prioritäten.

138 Nur lokale und überregionale Bündnisse aber, Präsenz auf kommunaler Ebene – echte
139 Basisarbeit eben – können die SPD wieder zum Status einer Volkspartei führen.

140 Schließlich braucht die SPD neue Kommunikationsstrategien und
141 Willensbildungsprozesse, wie wir in Zeiten der Individualisierung und der sozialen
142 Netzwerke die Bürger zielgenauer mit unseren Angeboten und Inhalten erreichen. Die
143 CDU hat bereits verstanden, dass sie ihren Status als Volkspartei nur halten kann, wenn
144 sie sich mit ihrer Parteiarbeit und ihren Inhalten auf die gesellschaftlichen
145 Veränderungen der Informationsgesellschaft einstellt. Ohne eine eigene Strategie läuft
146 die SPD Gefahr, der CDU dauerhaft das Feld als Volkspartei zu überlassen.

147 Nur wenn die SPD diese beiden Herausforderungen – inhaltlicher Aufbruch und
148 organisatorische Erneuerung – erfolgreich meistert, wird sie in der Lage sein als
149 Plattform die Menschen in diesem Land wieder von sich selbst und ihren Ideen zu
150 überzeugen.

151 **IV. In Hamburg: Weichen stellen für den Wahlsieg**

152 Was für die SPD als Ganzes skizziert worden ist, muss in Hamburger noch schneller und
153 entschiedener umgesetzt werden. In Hamburg ist es die Aufgabe der SPD in einer

154 breiten Debatte unsere Idee/Entwurf einer modernen Stadt zu entwickeln. Diese
155 Debatte muss schleunigst begonnen werden und diese Debatte darf sich nicht nur an
156 die Parteimitglieder richten, sondern es muss versucht werden aktive Bürger, Vereine,
157 Verbände und relevante Gruppierungen in diese Debatte einzubeziehen. So kann die
158 SPD wieder die Bürgerpartei Hamburgs werden.

159 Mit dem im Kreis Altona entwickelten Konzept der Stadtteilpartei liegt ein erstes
160 überzeugendes Konzept vor, wie die SPD Hamburg durch stärkere Vernetzung und
161 Bürgernähe wieder zu einer attraktiven Mitgliederpartei werden kann, die zu Mitarbeit
162 und Engagement animiert und gleichzeitig für die Alltagsprobleme der Menschen in
163 dieser Stadt da ist.

164 Die SPD in Hamburg braucht eine kommunalpolitische Offensive. Die Ansprache vor Ort
165 muss von den unteren Gliederungen geleistet werden. Dazu müssen die handelnden
166 Akteure vor Ort von der Partei befähigt werden. Die Debatte um die
167 sozialdemokratische Stadt der Zukunft muss, um Wirkung zu entfalten, auch in den
168 Quartieren geführt werden. Damit die Wirkung solch einer Offensive nicht verpufft
169 muss der Apparat Serviceorientierte auf die Bedürfnisse der Kommunalpolitiker
170 zugeschnitten werden.

171 Anfang 2012 sind Bürgerschaftswahlen in Hamburg. Aus der doppelten Opposition in
172 Hamburg und im Bund heraus haben wir eine gute Ausgangsposition die SPD Hamburg
173 als attraktive Alternative gegen Schwarz-Grün und Schwarz-Gelb zu profilieren und die
174 Regierungsverantwortung zurück zu erobern, wenn wir den oben skizzierten Prozess
175 tatsächlich anstossen. Damit das gelingen und die SPD wieder zu der Hamburg-Partei
176 werden kann, muss einiges in Bewegung geraten.

177 **V. Wir Jusos: Motor des Wandels**

178 Die Jusos Hamburg werden diesen Prozess mit aller Macht einfordern. Anstelle von
179 unendlichen Personaldiskussionen und parteiinternen Auseinandersetzungen, muss
180 endlich wieder eine wirkliche konzeptionelle Arbeit treten, die sich mit den vielfältigen
181 Problemen der Gesellschaft umfassend auseinandersetzt. Der Focus der Hamburger SPD
182 muss sich wieder nach außen in die Gesellschaft hinein richten, statt sich mit sich selbst
183 zu befassen. Wer 2012 in Hamburg einen Regierungsauftrag erhalten möchte, muss
184 vorher ganz genau sagen, in welche Richtung man die Stadt führen möchte.

185 Wir Jusos werden unsere eigenen Ideen und Vorschläge entwickeln, wie wir uns diese
186 Stadt und diese Gesellschaft vorstellen. Wir werden Ideen in die innerparteiliche
187 Debatte einbringen und Motor bei der Erneuerung unserer Partei sein. Diese gilt gerade
188 auch für die Nutzung sozialer Netze und neuer Formen der Beteiligung.

189 **Wir fordern daher:**

190 1) den Landesparteitag und den Landesvorstand der SPD Hamburg auf, die
191 inhaltlichen Grundlagen für einen starken Hamburger Beitrag zum Erneuerungsprozess
192 zu schaffen. Basis hierfür sollte ein offener Diskussionsprozess sein, in den sich alle
193 Mitglieder und Interessierte einbringen können.

194 2) den Landesparteitag und den Landesvorstand der SPD Hamburg auf, eine
195 Kommission zu bilden, die einen Vorschlag zur Reform der Organisationsstrukturen und
196 der innerparteilichen Willensbildung unter besonderer Berücksichtigung der sozialen
197 Netze erarbeitet.

198 3) den Landesvorstand der SPD Hamburg sowie alle Hamburger Kreise auf, im Laufe
199 des kommenden Jahres 2010 auf Basis des vom Kreis Altona entwickelten Konzeptes der
200 Stadtteilpartei eine kommunalpolitische Offensive zu entwickeln und die Debatte um
201 die sozialdemokratische Stadt anzustoßen.

202 4) den Landesvorstand der Jusos Hamburg auf, den Erneuerungsprozess der SPD auf
203 Landes- und Bundesebene kritisch zu begleiten und inhaltliche Initiativen zu erarbeiten,
204 um die Interessen der Jusos Hamburg wirksam zu vertreten.

205 5) die Juso Kreise auf, sich in den Prozess der Verwurzelung in den Stadtteilen
206 einzubringen. Sie sollen in den Stadtteilen gemeinsam mit ihren Juso-Gruppen die
207 Hauptansprechpartner für junge Hamburgerinnen und Hamburger in politischen Fragen
208 sein. Die Juso-Kreisverbände und Juso-Gruppen sind aufgerufen, jugendspezifische
209 Konzepte für ihre Bezirke und Stadtteile zu entwickeln, um präsenter und ansprechbarer
210 zu werden. Durch stärkeren Kontakt zu jungen Menschen vor Ort können sie eigene
211 kommunalpolitische Ansätze entwickeln.

1 Genügend Ausbildungsplätze im Doppelabiturjahrgang 2 2010

3 Die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur von 13 auf zwölf Jahre darf nicht von den
4 Schulabgänger und -abgängerinnen von Haupt- und Realschulen des Jahrgangs 2010
5 bezahlt werden.

6 Deshalb fordern die Jusos Hamburg:

- 7 1. Der Senat soll sich im Abiturdoppeljahrgang 2010 vermehrt für die
8 Schulabgängerinnen und Schulabgänger der Haupt- und Realschulen einsetzen.
- 9 2. In den stadteigenen Ausbildungsstätten müssen zusätzliche Ausbildungsstellen
10 geschaffen werden.
- 11 3. Seit Jahren sind mit dem Ausbildungspakt auf Bundesebene Erfolge erzielt
12 worden. Der Senat soll einen vergleichbaren Ausbildungspakt auf Hamburgischer
13 Ebene schaffen. Diesen Pakt soll die Stadt mit den Kammern und sonstigen
14 Interessenvertretungen der Wirtschaft aushandeln. Er soll sich nicht auf das Jahr
15 2010 beschränken, sondern dauerhafte Perspektiven auf dem Ausbildungsmarkt
16 eröffnen.
- 17 4. Als zusätzlicher Beteiligungsanreiz soll eine Ausbildungsplatzabgabe für
18 diejenigen ausbildungsfähigen Unternehmen eingeführt werden, die sich nicht
19 nach dem Ausbildungspakt richten. Das eingenommene Geld soll durch eine
20 Zweckbindung allein für Ausbildungsmaßnahmen verwendet werden.
- 21 5. Außerdem soll eine bessere Vermittlung zwischen Ausbildungsplatzsuchenden
22 und dem potenziellen Arbeitgeber geprüft werden.
- 23 6. Die Abgeordneten der SPD in der Hamburgischen Bürgerschaft und dem
24 Deutschen Bundestag werden aufgefordert im Rahmen Ihrer Möglichkeiten
25 Ausbildungsplätze anzubieten und so Ihrer Vorbildfunktion gerecht zu werden.

26

27 **Begründung:**

28 Im sogenannten Doppelabiturjahrgang 2010 muss der Fokus auf die schwächeren
29 Schulabgänger gelegt werden. Denn sie haben bei einem doppelt so starken
30 Abiturjahrgang deutlich geringere Chancen auf dem Ausbildungsmarkt. Hier muss die
31 Wirtschaft, die seit Jahren das Abitur nach 12 Jahren fordert, nicht nur eingebunden,
32 sondern auch in ihre gesellschaftliche Verpflichtung genommen werden.

33 Es ist nicht hinzunehmen, dass der für die nächsten Jahre prognostizierte
34 Nachwuchskräftemangel weiter verstärkt wird. Es befinden sich schon jetzt tausende
35 von jungen Menschen in Bildungswarteschleifen, da sie keinen Ausbildungsbetrieb
36 finden. Vor diesem Hintergrund ist es nur gerecht, von Betrieben eine Abgabe zu
37 verlangen, die in dieser Situation nicht ausbilden. Schließlich dürfen nicht die Betriebe
38 benachteiligt werden, die ausbilden.

39 Ein Hamburger Senat, der den Wechsel auf das Abitur nach 12 Jahren durchführt, muss
40 zwangsläufig auch die nachgelagerten Faktoren beachten und diese positiv für die
41 Betroffenen lösen und angehen. Die Absolventinnen und Absolventen von Haupt- und
42 Realschulen dürfen nicht die Leidtragenden des Abiturs nach 12 Jahren werden.

43 **Weiterzuleiten an die Fraktion der SPD in der Hamburgischen Bürgerschaft.**

1 Ein sozialdemokratisches Steuerkonzept – Aufgabe und 2 Herausforderung

3 *Die Unkenntnis der Steuergesetze befreit nicht von der Pflicht zum Steuerzahlen.*

4 *Die Kenntnis aber häufig.*

5 Meyer A. Rothschild, Bankier (1744–1812)

6 Die Steuerdebatte des letzten Wahlkampfes: Konservative und Liberale beglücken die
7 Bürger mit umfangreichen Steuersenkungsversprechen, die SPD hält sich mangels einer
8 Programmatik in diesem Bereich auffallend zurück. Zwar gab es Äußerungen Einzelner,
9 Detailvorschläge für Änderungen an den Steuersätzen und das mantrahafte Bekenntnis,
10 dass andere Alternativen unfinanzierbar seien, die SPD war jedoch nicht in der Lage,
11 umfassend in die Steuerdebatte einzugreifen und eine positiv besetzte Idee zu
12 entwickeln und zu vermitteln. Programmatische Aussagen im Wahlkampf zur
13 Steuerpolitik wirkten schrill und waren in ihrer Polemik leicht durchschaubar. Vermisst
14 wird von der SPD ein Steuerreformkonzept, dass es sich tatsächlich zum Ziel macht,
15 fundamentale Ungerechtigkeiten im Beitrag zur Staatsfinanzierung abzuschaffen oder
16 zumindest zu lindern.

17 Verglichen mit grundlegenden programmatischen Äußerungen auf anderen
18 Politikfeldern nimmt die Steuerpolitik nur marginalen Raum ein. Im Hamburger
19 Programm in etwa wie ein Blatt an einem Baum:

20 „An der Finanzierung der staatlichen Aufgaben müssen sich Unternehmen und
21 Privathaushalte entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit beteiligen. Das bedeutet: Wir
22 bekennen uns zur bewährten progressiven Einkommensteuer. Wir wollen eine gerechte
23 Besteuerung von großen Vermögen und Erbschaften. Wir wollen die sozialen
24 Sicherungssysteme stärker durch Steuern auf alle Einkunftsarten und weniger durch
25 Beiträge finanzieren.“

26 Das Godesberger Programm erkannte hingegen noch die Bedeutung der Steuerpolitik
27 für die Einkommens- und Vermögensbildung:

28 „Die Marktwirtschaft gewährleistet von sich aus keine gerechte Einkommens- und
29 Vermögensverteilung. Dazu bedarf es einer zielbewussten Einkommens- und
30 Vermögenspolitik. Einkommen und Vermögen sind ungerecht verteilt. [...]“ Das ist „im
31 wesentlichen die Schuld einer Wirtschafts- und Steuerpolitik, die die Einkommens- und
32 Vermögensbildung in wenigen Händen begünstigt und die bisher Vermögungslosen
33 benachteiligt.“

34 Dieser Befund gilt heute mehr denn je. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der
35 Bundesregierung zeigt eine Zunahme der Einkommensungleichheit. Eine Studie des
36 DIW zeigt, dass sich von 2002 bis 2007 auch die Vermögensverteilung weitete.

37 Diese Entwicklung umzukehren muss die Zielsetzung bei der Entwicklung eines
38 sozialdemokratischen Reformvorschlages sein.

39 Neben der Umverteilungsfunktion kommen dem Steuersystem jedoch weitere
40 Aufgaben zu. Hier seien vor allem die Staatsfinanzierungsfunktion sowie
41 Lenkungsfunktion genannt. In Hinblick auf die durch die Finanzkrise gebeutelten
42 öffentlichen Haushalte sind Steuersenkungen im Saldo nicht zu finanzieren – führt man
43 Sie dennoch durch, enteignet man die folgenden Generationen. Deshalb muss sich ein
44 Reformentwurf vor allem mit Umschichtungen befassen.

45 Die Landesdelegiertenkonferenz fordert den Juso-Landesvorstand auf, eine Grundlage
46 für eine Steuerdebatte in der Partei zu legen. Dabei sind folgende Anmerkungen zu
47 einzelnen Steuerarten zu berücksichtigen

48 Verhältnis von Steuern und Abgaben

49 Steuern und Abgaben lassen sich nicht isoliert voneinander betrachten. In Deutschland
50 nimmt der Anteil der Erwerbsbevölkerung an der Gesamtbevölkerung stetig ab. Damit
51 wird auch der Anteil an der Bevölkerung geringer, der über Beiträge die Finanzierung der
52 sozialen Sicherungssysteme sicherstellt. Diese sind aber mehr und mehr als
53 gesamtgesellschaftliche Aufgabe anzusehen. Es muss eine Debatte darüber geführt
54 werden, wie a) weitere Einkommensarten in die Finanzierung einbezogen werden
55 können (z.B. über Bürgerversicherung); b) ob es eine generelle Umschichtung von der
56 Abgabenfinanzierung hin zur Steuerfinanzierung geben soll. Eine solche zöge eine
57 Vergünstigung des Faktors Arbeit nach sich, mit positiven Auswirkungen auf die
58 Beschäftigung.

59 Staatsfinanzierung

60 Die Staatsfinanzierung muss auf allen Ebenen gesichert sein, damit der Staat der
61 Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge nachkommen kann. Dies gilt vor allem für die
62 Kommunen. Das Gewerbesteueraufkommen ist einer hohen Zyklizität unterworfen.
63 Diese führt Kommunen immer wieder in erhebliche Finanzschwierigkeiten. Das
64 Steueraufkommen der Kommunen sollte verstetigt werden.

65 Soziale Ungerechtigkeit bei Lenkungssteuern

66 Lenkungssteuern sind Verbrauchssteuern die mit dem Ziel erlassen werden, den
67 Verbrauch eines bestimmten Gutes einzuschränken (Benzin, Strom, Diesel, Bier, Kaffee,
68 ua.) und die Kosten, die durch deren Gebrauch entstehen auf anderen Ebenen
69 abzufedern. Hier sind in den letzten Jahren vor allem Steuern zur Senkung des
70 Ressourcenverbrauchs hinzugekommen. Diese Steuern wirken sehr regressiv, da
71 Einkommensschwache meist prozentual einen größeren Teil des verfügbaren
72 Einkommens für diese Güter aufwenden als Einkommensstarke. Gleichzeitig treffen sie
73 diese Steuern über teurere Produkte, da sich diese Steuern auf die Herstell- und
74 Transportkosten auswirken. Bei der Einführung oder Veränderung muss neben der
75 Lenkungsfunktion stets auch der soziale Aspekt berücksichtigt werden.

76 Einkommensteuer

77 Die Debatte um die Einkommenssteuer dreht sich vorwiegend um Änderungen ab
78 Steuertarif. Schwarz-Gelb scheint sich auf eine Veränderung zu einem Stufentarif zu
79 einigen. Ein linear-progressiver Steuertarif sicher allerdings, dass keine Sprünge im
80 Grenzsteuersatz auftauchen. Ein Stufentarif hätte negative Anreize an den
81 Sprungstellen zur Folge und damit wohl auch Auswirkungen auf ein
82 Einkommenskontinuum. Darüber hinaus entspricht ein Stufentarif nicht dem Prinzip,
83 dass starke Schultern mehr tragen sollten als schwache. Die SPD bekennt sich eindeutig
84 zu einem progressiven Steuersystem. Problematischer als der Steuertarif sind jedoch die
85 zahlreichen Ausnahme- und Sonderregelungen. Hier muss ein umfassender
86 Reformansatz greifen. Ein einfacheres Steuersystem führt auch zu einer höheren
87 Akzeptanz in der Bevölkerung. Gleichzeitig müssen die Folgen der „kalten Progression“
88 beseitigt werden. Dieses kann über eine Inflationsanpassung von Grundfreibetrag und
89 Beginn des Spitzensteuersatz erfolgen. Auch sollte der Tarif so angepasst werden, dass

90 niedrige und mittlere Einkommen niedriger, hohe Einkommen stärker belastet werden.
91 Statt der Reichensteuer sollte der Spitzensteuersatz erhöht werden.

92 Unternehmenssteuern

93 Die Höhe der zu zahlenden Steuern ist von zwei Größen abhängig: der
94 Bemessungsgrundlage und dem Steuersatz. Vergleiche zwischen Ländern werden meist
95 nur über den Steuersatz gezogen und die Bemessungsgrundlage wird außen
96 vorgelassen. Um in der EU tatsächlich eine Harmonisierung der Unternehmenssteuern
97 zu erreichen sollte eine einheitliche Bemessungsgrundlage angestrebt werden. Auf
98 diese können dann national unterschiedliche Steuersätze angewendet werden. Dies
99 schafft Transparenz, verringert die Problematik grenzüberschreitender Steuererfassung
100 und verhindert einen verdeckten Steuersenkungswettbewerb durch unterschiedliche
101 Bemessungsgrundlagen. Einem allgemeinen Steuersenkungswettbewerb sollte über
102 Mindestsätze bei der Körperschaftssteuer entgegengewirkt werden.

103 Vermögenssteuern und Erbschaftssteuern

104 Große Vermögen müssen nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip einen größeren Anteil
105 tragen. Gerade große Vermögen sollten sich ihrer Verantwortung für Bildung und
106 Aufstiegschancen bewusst sein. Es ist deshalb richtig, darüber zu diskutieren
107 Chancengerechtigkeit zu erhöhen, in dem verstärkt auf das Instrument der
108 Vermögensteuer und der Erbschaftsteuer gesetzt wird. Die Besteuerung von Vermögen
109 ist in Deutschland im EU-Vergleich eher niedrig.

110 Eine niedrige Erbschaftssteuer (mit hohen Freibeträgen) und [!] eine niedrige
111 Kapitalertragssteuer bevorzugen einseitig Kapitaleinkommen und weiten die
112 Vermögensschere.

1 Für einen zukunftsfähigen Sozialstaat

2 Die Sozialdemokratie versteht sich seit langer Zeit als Hüterin des Sozialstaats, an
3 dessen Ausbau sie maßgeblich beteiligt war. Ein umfassender Sozialstaat ermöglicht
4 gesellschaftliche Teilhabe, Chancengerechtigkeit und bietet Schutz vor Armut und
5 Ausgrenzung und ist Grundlage unserer Demokratie.

6 Die Kritik am Sozialstaat ist so alt wie dieser selbst und bezieht sich - gerade heute - vor
7 allem auf die durch ihn hervorgerufenen finanziellen Belastungen: Parallel zur
8 Expansion des Sozialstaats haben sich die Sozialabgaben drastisch erhöht, im Laufe der
9 letzten 50 Jahre von 24 auf heute nahezu 40 Prozent. Die demografische Entwicklung
10 führt zu einem sinkenden Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung. Die
11 Folge ist eine steigende Belastung des Faktors Arbeit, welche die Kosten der
12 Erwerbsarbeit steigen lassen und die Schaffung von Arbeitsplätzen behindert,
13 insbesondere in Branchen mit niedrigen qualifikatorischen Anforderungen, u.a. im
14 zukunftssträchtigen Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen.

15 Diese Tatsache wird nur allzu oft zum Anlass genommen, um die Existenz eines
16 Sozialstaates auf hohem Niveau grundsätzlich infrage zu stellen. Im Wissen um dessen
17 Unverzichtbarkeit für die Gesellschaft muss die SPD in diesem Diskurs eine Position
18 einnehmen, die soziale Grundrechte garantiert und gleichzeitig das Problem der
19 Finanzierung löst.

20 Ein neuer Ansatz für die Sozialdemokratie

21 Die SPD befindet sich in einer tiefen Krise. Nie zuvor in der Geschichte der
22 Bundesrepublik hat sie einen geringeren Wähleranteil auf sich vereinen können als bei
23 der Bundestagswahl 2009. Mögen die Gründe dafür vielfältig sein, so ist ein in der
24 Wählerschaft wahrgenommener Kompetenzverfall im sozialdemokratischen
25 Kernthema der sozialen Gerechtigkeit nicht zu leugnen. Nicht alle den Sozialstaat
26 betreffenden Reformen der vergangenen elf Jahre waren falsch, und so kann ein Zurück
27 zum Stand von 1998 nicht die Lösung sein. Vielmehr muss es darum gehen, neues
28 Vertrauen zu gewinnen durch neue Konzepte, mit denen wir den Herausforderungen
29 unserer Zeit begegnen können. Die Sozialdemokratie muss neue Wege gehen.

30 **Deshalb fordern die Jusos Hamburg:**

31 Um den Sozialstaat in seinem umfassenden Charakter zu erhalten, seine Finanzierung
32 sicherzustellen und den Faktor Arbeit zu entlasten, fordern die Jusos Hamburg die
33 Umgestaltung der sozialen Sicherungssysteme in eine Bürgersozialversicherung. Die
34 Beiträge zur Bürgersozialversicherung folgen dem Prinzip der Leistungsfähigkeit: Starke
35 Schultern tragen mehr als schwache. Im Bedarfsfall erhält der Bürger
36 eigentumsrechtlich garantierte Zahlungen. Sie löst die Sicherung jedoch weitgehend
37 von der Erwerbsarbeit, wodurch der Faktor Arbeit von Sozialversicherungsbeiträgen
38 entlastet wird. Die Finanzierung erfolgt zwar ebenfalls über zweckgebundene
39 Beitragszahlungen, jedoch werden diese auf sämtliche Einkommen ausgeweitet.
40 Hierdurch wird der Sozialstaat auf eine deutlich breitere – und gerechtere –
41 Einnahmehbasis gestellt, da somit auch Selbständige und Beamte zu seiner Finanzierung
42 beitragen, als auch Einkommen herangezogen werden, welche nicht aus Erwerbsarbeit
43 resultieren, wie bspw. solche aus Kapitalerträgen oder Mieten. Die
44 Beitragsbemessungsgrenze wird abgeschafft, wodurch Besserverdienende
45 entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit in die solidarische Finanzierungsgemeinschaft
46 aufgenommen werden.

47 Die Bürgersozialversicherung vereint den Großteil der Geldleistungen des Sozialstaats:
48 Renten, Arbeitslosengeld, Kindergeld, Erziehungsgeld (Elterngeld), Ausbildungsgeld und
49 statt des ALG II eine erwerbsunabhängige Garantie einer Grundsicherung. Kindergeld
50 und die Grundsicherung werden in universeller Höhe ausgezahlt, Renten,
51 Arbeitslosengeld und Erziehungsgeld sind beitragsabhängig. Arbeitslosengeld,
52 Ausbildungsgeld und eine Aufstockung auf die Grundsicherung für Erwerbspersonen
53 sollten aktivierend ausgestaltet sein. Dabei sollten die bisherigen Erfahrungen aus dem
54 Prinzip „Fördern und Fordern“ berücksichtigt werden. Die Höhe der universellen
55 Leistungen ist so hoch anzusetzen, dass sie ein menschenwürdiges Leben mit
56 angemessener gesellschaftlicher Teilhabe ermöglicht. Es muss eine regelmäßige
57 Anpassung an die Bedarfe erfolgen. Neben der Integration der Leistungen in ein System
58 liegt eine weitere Neuerung in der Einführung des Prinzips von Grundbetrag und
59 Maximalbetrag: Bei den beitragsäquivalenten Geldleistungen hat jeder Bürger
60 Anspruch auf einen Mindestbetrag, der in seiner Höhe den universellen Geldleistungen
61 entspricht. Die paritätische Finanzierung zwischen Arbeitnehmern und –gebern bleibt
62 bestehen.

63 **Begründung:**

64 Angesichts des enormen Kostendrucks, der auf der Sozialversicherung lastet, ist ein
65 neues Konzept für einen nachhaltig finanzierbaren Sozialstaat dringend notwendig.
66 Wenn die Antwort nicht schlichte Leistungskürzungen auf Kosten der Benachteiligten
67 dieser Gesellschaft sein soll, muss sich die SPD an die Spitze einer solchen Bewegung
68 setzen. Die derzeitige Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme bedeutet sowohl
69 ein finanzielles wie auch ein moralisches Problem: Ausgerechnet meist bessergestellte
70 Einkommensgruppen beteiligen sich zu einem (gemessen an ihrem Einkommen)
71 geringeren Anteil an der Finanzierung des Sozialstaats als Durchschnitts- und
72 Geringverdiener. Die Bürgersozialversicherung bringt eine Reihe vorteilhafter
73 Veränderungen für die Menschen, für die Wirtschaft und die Gesellschaft als Ganzes.
74 Durch die Integration aller Einwohner (vor allem Einkommen) in die Finanzierung der
75 Sozialversicherung und die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze wird deren
76 Einnahmehasis deutlich erweitert. Der Gedanke der Solidarität in der Finanzierung der
77 Sozialversicherung wird ausgeweitet auf die gesamte Gesellschaft, anstatt bei den
78 abhängig Beschäftigten zu verharren. Steigende Einnahmen und sinkende Ausgaben
79 ermöglichen geringere Sozialbeitragssätze und führen zu einer Vergünstigung des
80 Faktors Arbeit. Eine gemeinsame Untergrenze bei der Höhe sämtlicher Geldleistungen
81 garantiert jedem Einwohner, dass er in jeder Lebenssituation mit einem akzeptablen
82 Mindesteinkommen rechnen kann. Die Bürgersozialversicherung vereint die Stärken
83 verschiedener Reformvorschläge in einem zukunftsfähigen Konzept und ist damit
84 anderen Vorschlägen wie Grundeinkommen und Bürgergeld überlegen, insbesondere
85 weil sie die Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit und Bedarfsorientierung beibehält. Der
86 einfache Aufbau führt zu Transparenz und ermöglicht den Abbau von Bürokratie. Über
87 die breitere Finanzierungsbasis führt sie zu einer gerechteren Lastenverteilung und
88 sichert so die Akzeptanz der Errungenschaft Sozialversicherung. Die
89 Bürgersozialversicherung tilgt somit die Schwächen von Grundeinkommen und
90 Sozialversicherung und vereinigt ihre Stärken in einem zukunftsfähigen Konzept. Die zu
91 erwartenden Mehreinnahmen sollten dazu eingesetzt werden die Beitragssätze zu
92 senken.

93 **Weiterzuleiten an den Landesparteitag der SPD Hamburg.**

1 Hilfe für Obdachlose in Hamburg verbessern

2 Knapp 4000 Menschen sind in Hamburg offiziell wohnungslos. Die Dunkelziffer dürfte
3 deutlich höher sein. Auf der Straße leben davon etwa 1000 Personen, die übrigen
4 erfassten Personen sind zumeist in Hilfseinrichtungen untergebracht. Diese Zahl ist
5 zwar im Vergleich zum Jahr 2002 um 22% gesunken, die Zahl der Langzeitobdachlosen
6 hat sich jedoch weiter erhöht. 2002 waren noch 29,2 % der Obdachlosen länger als 5
7 Jahre auf der Straße. 2009 waren es schon 35,3 %. Grundsätzlich ist der Rückgang der
8 Obdachlosenzahlen begrüßenswert, denn er zeigt, dass Obdachlosigkeit keineswegs ein
9 unlösbares Problem darstellt. Gerade deshalb ist es nicht hinzunehmen, dass in einer
10 der reichsten Städte Europas mehrere tausend Menschen kein Obdach haben und unter
11 Brücken und in Hauseingängen schlafen müssen.

12 Sozialer Wohnungsbau zur Wiedereingliederung

13 Langzeitobdachlosen ist häufig nur noch schwer aus ihrer Notlage zu helfen. Aktuell
14 sind 58% der erfassten Personen länger als 2 Jahre wohnungslos. Menschen, die erst seit
15 kurzer Zeit obdachlos sind muss daher möglichst zeitnah Hilfe zur Wiedereingliederung
16 geboten werden, damit es nicht zu einer Verfestigung der Notlage kommt. Dazu ist vor
17 allem mehr bezahlbarer und geeigneter Wohnraum notwendig. Laut Statistikamt Nord
18 sank die Zahl der Sozialwohnungen in Hamburg zwischen 1993 und 2007 von rund
19 211.000 auf nur noch 116.000. Durch den Wegfall der Mietpreisbindung sinkt der
20 Bestand an Sozialwohnungen, neuer sozialer Wohnraum wird nicht mehr gebaut. Dies
21 macht in vielen Fällen eine Wiedereingliederung aus der Obdachlosigkeit unmöglich.
22 Die Betroffenen werden ohne eine Perspektive auf eine selbstbestimmte Lebensführung
23 im Hilfesystem abgestellt. Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg muss dafür
24 Sorge tragen, dass jeder von Obdachlosigkeit betroffene oder bedrohte Mensch die
25 Möglichkeit bekommt, bezahlbaren Wohnraum zu beziehen. Sozialer Wohnungsbau
26 muss daher wieder aufgenommen werden.

27 Akzeptanz des Hilfesystems verbessern

28 Alle Wege, Obdachlosen eine Grundversorgung und einen Ausstieg aus der
29 Obdachlosigkeit zu ermöglichen, müssen ausgeschöpft werden. Die bestehenden

30 Hilfsangebote finden offenbar bei einem großen Teil der Langzeitobdachlosen keine
31 Akzeptanz. Dies liegt häufig an der Situation in den Übernachtungsstätten, wo
32 Kriminalität, Gewalt und die Unterbringung in Mehrbettzimmern dazu führen, dass
33 diese von einem großen Teil der Obdachlosen gemieden werden. Aktuelle Befragungen
34 zeigen, dass ein großer Teil der Obdachlosen lieber auf der Straße lebt, als in
35 Mehrbettzimmern zu übernachten. Die guten Belegungszahlen der Einrichtungen
36 vermitteln daher ein verzerrtes Bild. Daher muss der Senat mehr Mittel für Unterkünfte
37 obdachloser Menschen zur Verfügung stellen, um so die Akzeptanz gegenüber den
38 Hilfseinrichtungen zu verbessern.

39 Stärkere Ausdifferenzierung des Hilfesystems

40 Die Hilfe aus der Obdachlosigkeit heraus ist nicht weit genug ausdifferenziert.
41 Wohnungslose Menschen sind keine homogene, sondern vielmehr eine heterogene
42 Personengruppe mit unterschiedlichsten Bedürfnissen. Ein Hilfesystem, dass auf diese
43 Bedürfnisse nicht einzugehen vermag, kann nur die kurzfristige Versorgung sichern. Ein
44 Weg aus der Obdachlosigkeit kann häufig nur beschritten werden, wenn das
45 Hilfesystem wohnungslose Menschen als Individuen begreift, die sich aus den
46 unterschiedlichsten Gründen in einer Notlage befinden. Eine weitere Ausdifferenzierung
47 des Hamburger Hilfesystems ist demnach unabdingbar.

48 *1. Fachstellen:* Die Einrichtung von Fachstellen für Wohnungsnotfälle im Juli 2005 hat
49 dazu geführt, dass die fallspezifische Betreuung von Wohnungslosen zentralisiert
50 wurde. Sozialarbeiter wurden aus den öffentlichen Wohnunterkünften herausgezogen.
51 Hilfe zur Überwindung der Wohnungslosigkeit bekommen Betroffene jetzt zentral in
52 den Fachstellen für Wohnungsnotfälle. Gegen das Konzept der „Hilfe aus einer Hand“ ist
53 im Grundsatz nichts einzuwenden. Die Umsetzung dieses Grundsatzes ist jedoch
54 problematisch. Das Fachstellenkonzept erzeugt eine Struktur, die eine aktive
55 Kontaktaufnahme wohnungsloser Menschen voraussetzt, wozu diese jedoch meist
56 aufgrund ihrer psychosozialen Probleme nicht in der Lage sind. Dazu kommt, dass pro
57 Bezirk lediglich eine Fachstelle existiert, die zum Teil nur an 2 Tagen in der Woche
58 geöffnet hat. Personen, die mit einem akuten Wohnungsverlust belastet sind, bleiben
59 also im Zweifel 2 Tage ohne fachliche Hilfe. Auch stellt sich die Bewältigung der
60 Wegstrecke zur Fachstelle für viele Obdachlose als Problem dar. Eine hilfebedürftige
61 Person aus Mümmelmannsberg muss beispielsweise zur Fachstelle in die Kurt-
62 Schumacher-Allee. Mit dieser Umsetzung der „Hilfe aus einer Hand“ wird

63 Wohnungslosigkeit lediglich verwaltet und nicht beseitigt. Arbeit und Erreichbarkeit der
64 Fachstellen müssen deutlich verbessert werden.

65 *2. Ältere Obdachlose:* Festzustellen ist, dass sich das Durchschnittsalter der
66 wohnungslosen Personen deutlich erhöht, und sich der Gesundheitszustand in der
67 Selbsteinschätzung von befragten Wohnungslosen im Vergleich zu 2002 verschlechtert
68 hat. Der Altersmedian stieg von 37 Jahren in 1996 über 40 Jahre in 2002 auf 43 Jahre in
69 2009. 30,1 % der Hamburger Obdachlosen sind älter als 50 Jahre. Diesem Phänomen der
70 „Veralterung“ der Obdachlosigkeit muss das Hilfesystem in Hamburg Rechnung tragen.
71 Vor allem die Verbesserung der Gesundheitsversorgung ist hier notwendig. Speziell auf
72 die Bedürfnisse älterer Obdachloser kann im derzeitigen Hilfesystem nicht ausreichend
73 eingegangen werden. Eine Vermittlung in normale Wohnungen scheitert häufig am
74 Mangel an bezahlbarem Wohnraum und am Gesundheitszustand der Betroffenen.
75 Spezielle Hilfsangebote für ältere oder pflegebedürftige Obdachlose gibt es in Hamburg
76 nicht. Eine Vermittlung in Pflegeeinrichtungen scheitert häufig an der Finanzierung.
77 Zudem lassen sich pflegebedürftige Obdachlose häufig nur schwer in
78 Pflegeeinrichtungen integrieren. Erfahrungen in Städten wie München, Bremen oder
79 Düsseldorf zeigen aber, dass diese speziellen Einrichtungen durchaus umsetzbar sind
80 und angenommen werden. Zusätzliche Hilfsangebote für alte und pflegebedürftige
81 Obdachlose sind dringend notwendig.

82 *3. Frauen:* Der Anteil der weiblichen Obdachlosen liegt in Hamburg bei 22,2 % (1996: 17
83 %). Die Ursachen für Obdachlosigkeit sind bei Männern und Frauen unterschiedlich. Viel
84 häufiger als Männer geben weibliche Obdachlose Gewalterfahrungen und Missbrauch
85 als Ursache für ihre Lebenssituation an. Eine stärkere Ausdifferenzierung in Bezug auf
86 die speziellen Bedürfnisse der weiblichen Obdachlosen ist daher notwendig. Eine
87 offizielle Belegungsrate von zeitweilig 115 %, wie 2008 im „FrauenZimmer“ in der
88 Hinrichsenstraße, zeigt, dass die Nachfrage nach diesen Einrichtungen hoch ist, jedoch
89 nicht genug Plätze zur Verfügung stehen.

90 *4. Psychisch Erkrankte:* Ein nicht geringer Anteil der Obdachlosen ist zudem psychisch
91 erkrankt. Laut einer Studie von Manfred Fichter leiden 33 % der Obdachlosen unter einer
92 psychischen Erkrankung. Rechnet man die Zahl der Suchtmittelabhängigen hinzu,
93 erhöht sich diese Zahl auf 66 %. Bei obdachlosen Frauen wird dieser Anteil noch höher
94 eingeschätzt. Auch dieser Personengruppe muss mit speziellen Hilfeleistungen
95 begegnet werden. Ohne professionelle Hilfe verschlechtern sich jedoch Krankheit und

96 Lebenssituation und die Hilfe zur Wiedereingliederung wird immer schwieriger. Auch
97 hier ist die Unterbringung in Einbettzimmern unabdingbar, um den Betroffenen einen
98 Rückzugsraum zu bieten. Zudem ist ein großes Netz an psychiatrischen
99 Beratungsmöglichkeiten in den Hilfseinrichtungen notwendig, um möglichst viele
100 Betroffene zu erreichen. Zwar wird das Konzept der „aufsuchenden Psychiatrie“ in
101 geringem Maße durch die Institutsambulanzen auf Betreiben des Senats durchgeführt,
102 erreicht jedoch nur Obdachlose, die sich bereits in den Hilfseinrichtungen befinden. Die
103 Menschen auf der Straße erreicht diese Initiative nicht. Der Bedarf, das zeigt der hohe
104 Anteil der psychisch Erkrankten unter den Wohnungslosen, ist allerdings wesentlich
105 höher.

106 Effektive Hilfe für obdachlose Menschen geht weit über die Versorgung der
107 Grundbedürfnisse wie Nahrung und Obdach hinaus. Die Hilfe zur Überwindung der
108 Notlage muss das primäre Ziel eines Hilfesystems sein, um kurzfristig obdachlos
109 gewordenen Menschen schnell und unbürokratisch zu neuem Wohnraum und einem
110 geordneten Lebensumfeld zu verhelfen.

111 **Wir fordern daher den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg auf:**

- 112 - sozialen Wohnungsbau zur Vermittlung Wohnungsloser wieder aufzunehmen,
- 113 - mehr Mittel für eine Einzelzimmerunterbringung in zentralen und gut
114 erreichbaren Unterkunftsstätten zur Verfügung zu stellen,
- 115 - Arbeit und Erreichbarkeit der Fachstellen deutlich zu verbessern,
- 116 - zusätzlich Hilfsangebote bereit zu stellen, die auf die spezielle Bedarfslage älterer
117 oder pflegebedürftiger Obdachloser zugeschnitten sind,
- 118 - spezielle Hilfsangebote für obdachlose Frauen auszubauen und die Versorgung
119 zu verbessern,
- 120 - sowie zusätzlich spezielle Hilfen für psychisch kranke Obdachlose bereitzustellen
121 und bestehende erfolgreiche Projekte finanziell zu fördern.

122 Die Jusos Hamburg fordern daher die SPD-Bürgerschaftsfraktion dazu auf, diese
123 Forderungen in Form eines Antrages in der Hamburgischen Bürgerschaft einzubringen.

1 Ein zweites Metropolis tut Hamburgs Kinolandschaft gut.

2 1. Status quo

3 Programmkinos haben in Hamburg eine lange Tradition. Die Hansestadt hatte mit dem
4 Abaton, das 1970 gegründet wurde, das erste deutsche Programmkino überhaupt. Am
5 13. Oktober 1979 wurde dann mit dem Metropolis das erste Kommunale Kino in
6 Hamburg eröffnet. Dadurch konnte sich eine vielfältige Kinolandschaft in Hamburg
7 entwickeln. Jedoch setzt seit einigen Jahren ein Kinosterben ein, dem sich die Jusos
8 Hamburg entgegensetzen wollen. In den vergangenen Jahren mussten bereits „Ufa-
9 Palast“, „City“ und „Broadway“ schließen. Im März 2008 folgten das „Grindel“ und das
10 „Studio“ an der Bernstorffstraße. Ende November 2009 wird nun auch das Hamburger
11 Traditions kino „Passage“ in der Mönckebergstraße 17 nach fast 100jähriger Existenz
12 schließen müssen. Derzeit gibt es in Hamburg noch das Kino „3001“ in der
13 Schanzenstraße, das Abaton am Allendeplatz, das B-Movie in der Brigittenstraße 5, das
14 Kommunale Kino Metropolis, das Lichtmess in Altona und die Zeise Hallen Altona. Ziel
15 der Jusos Hamburg ist es, diese Kinos zu erhalten und den Hamburger Senat
16 aufzufordern dies durch monetäre Hilfe zu unterstützen.

17 2. Fördermöglichkeiten – Beispiel Filmbüro

18 1979 wurde auf Initiative von Bürgermeister Hans-Ulrich Klose das Hamburger Filmbüro
19 ins Leben gerufen. Durch finanzielle Unterstützung des Hamburger Senats wurde damit
20 zum ersten Mal in Deutschland ein vollkommen selbstverwaltetes Filmfördersystem
21 geschaffen, wodurch die Filmkultur in der Hansestadt über mehr als zwei Jahrzehnte
22 prosperieren konnte. RegisseurInnen, DrehbuchautorInnen und SchauspielerInnen
23 kehrten der damaligen Filmmetropole München den Rücken und orientierten sich gen
24 Norden. Programmkinos in Hamburg hatten es fortan leichter, dem Konkurrenzdruck
25 der großen Lichtspielhäuser standzuhalten. Als besonders erfolgreich hat sich hierbei
26 das kommunale Metropolis-Kino erwiesen. Dort wird seit 1979 auf der Leinwand
27 Seltenes bis Obskures gezeigt. Aus dem kulturellen Leben der Stadt ist das Metropolis
28 seither nicht mehr wegzudenken.

29 3. Aktuelle Situation des Metropolis

30 Zurzeit wird der bisherige Standort des Metropolis-Kinos am Stephansplatz saniert, so
31 dass das Metropolis in die Räumlichkeiten des ehemaligen Savoy-Kinos am Steindamm
32 ausweichen musste. Im Hinblick auf das anspruchsvolle Programm und die Tatsache,
33 dass gerade in den letzten Jahren vermehrt unabhängige Kinos von der Kulturbehörde
34 vernachlässigt wurden und schließen mussten, ist es wünschenswert, dass nach der
35 Sanierung der alten Räumlichkeiten der zusätzliche Standort am Steindamm erhalten
36 bleibt. Die Kosten um den zweiten Standort zu betreiben, belaufen sich auf 250.000
37 Euro jährlich. Durch diesen Standort würde die Stadtteilkultur in St. Georg weiter positiv
38 belebt werden. Aufgrund dessen sind bereits zahlreiche Investoren aus dem Umkreis
39 des Steindamms dazu bereit, dafür Geld zur Verfügung zu stellen, so dass 50.000 Euro
40 jährlich an Spenden zusammenkommen würden. Durch die Hilfe der privaten
41 Investoren würde sich der Anteil, den die Stadt aufzubringen hätte, auf 200.000 Euro
42 verringern. Der schwarz-grüne Senat steht in der Pflicht, die (noch) vielfältige
43 Kinolandschaft der Stadt zu erhalten statt zu torpedieren.

44 4. Forderung

45 Die Jusos Hamburg wenden sich gegen das große Sterben der kleinen Kinos. Die Jusos
46 Hamburg fordern daher die SPD-Bürgerschaftsfraktion dazu auf, den Hamburger Senat
47 dazu aufzufordern, die nötigen finanziellen Mittel zur Erhaltung des Standorts am
48 Steindamm bereitzustellen.

1 Für einen Paradigmenwechsel in der Lehrerbildung

2 Vor dem Hintergrund der Demographie ist Bildung sozial- und integrationspolitisch der
3 Schlüsselbegriff des 21. Jahrhundert. Bildung entscheidet über unsere Zukunft, d.h.
4 Bildung sorgt für gesellschaftliche Integration, ermöglicht gesellschaftliche
5 Aufstiegschancen und eröffnet die Chance auf Arbeit.

6 Folglich ist es wichtig, Schlüsse aus den OECD- und PISA-Studien zu ziehen. Neben der
7 Feststellung, dass die soziale Herkunft den Bildungsweg bestimmt, ist vor allem
8 die Notwendigkeit des längeren gemeinsamen Lernens elementar. Doch reicht die bloße
9 Erkenntnis dessen nicht aus. Vielmehr muss diesbezüglich eruiert werden, ob der in der
10 Schule und Lehrer(aus)bildung vorhandene Bildungsbegriff nicht notwendiger Weise
11 korrigiert werden muss. Als Grundlage bietet sich ein viel zitierten Satz Prof. Bieri´s an:
12 „*Bildung ist etwas, was Menschen mit sich und für sich machen. Man bildet sich.*
13 *Ausbilden können uns andere, bilden kann man sich nur selbst.*“ Dass es sich hierbei um
14 kein Wortspiel, sondern um ein klares Statement für eine kompetenz- und
15 handlungsorientierte Lern- und Lehrkultur handelt, ist gemeinhin unbestritten.

16 Der Unterschied zwischen Frontal- und kompetenz-/handlungsorientiertem Unterricht
17 lässt sich an der Definition von Weinert exemplarisch zeigen. Weinert vor dem Komma
18 zielt mit den bei Individuen vorhandenen oder durch sie erlernbaren kognitiven
19 Fähigkeiten und Fertigkeiten auf das bloße Auswendiglernen und Reproduzieren von
20 Faktenwissen ab. Diesem entspricht das Konzept des Frontalunterrichts, welches als
21 Kern die bloße Vermittlung und das Auswendiglernen von Faktenwissen hat, ohne die
22 Verknüpfung mit der Alltagsgegenwart. Weinert nach dem Komma steht für
23 kompetenz- und handlungsorientierten Unterricht, der sich auf die Fähigkeit, Probleme
24 zu lösen, sowie die damit verbundenen motivationalen, volitionalen und sozialen
25 Bereitschaften und Fähigkeiten, um die Problemlösungen in variablen Situationen
26 erfolgreich und verantwortungsvoll nutzen zu können konzentriert. Dieser Ansatz steht
27 für die selbst bestimmte Erarbeitung und individuelle Verknüpfung von Wissen an
28 praxisnahen Beispielen. Weiterhin haben neben den Erfahrungsberichten von
29 Lehrkräften, auch Untersuchungen der Lernforschung gezeigt, dass jene Form des

30 Lehrens und Lernens zu einer deutlichen Verbesserung der Kompetenzen – kognitiv,
31 sprachlich-kommunikativ, kreativ-gestalterisch, personal und sozial - führen.

32 Setzt man diese fundamentale Erkenntnis als notwendige Bedingung für eine
33 Verbesserung der bildungspolitischen Gesamtsituation in der Bundesrepublik, so muss
34 ein Aspekt klar konstatiert werden: Für generell alle Tätigkeiten im pädagogischen Feld
35 – insbesondere der Lehrerbildung - ist festzustellen, dass zwischen dem erklärten Soll
36 (kompetenz- und handlungsorientierten Unterrichts) und dem Ist-Wert (Modell
37 „Nürnberger Trichter“ bzw. bloßes Auswendiglernen von Faktenwissen ohne
38 Verknüpfung mit der eigenen Alltagssituation) eine große Lücke klafft. Überträgt man
39 dies auf das Lehramtsstudium, dann zeigt sich, dass die angehenden Lehrkräfte auf die
40 Realität Schule und den von ihnen erwarteten Unterricht lediglich unzureichend
41 vorbereitet werden. Um jene Lücke zu schließen, bedarf es einer notwendigen
42 „Kurskorrektur“, die an vier Sachverhalten verdeutlicht werden soll.

43 Erstens ist eine Schieflage der bisherigen Studiengangsstruktur in der Prüfungsordnung
44 der B.A.-Studierenden ablesbar. Jene lässt sich an einem Beispiel verdeutlichen.
45 Durchschnittlich 64% der erforderlichen 180 Leistungspunkten in der Bachelor-Phase
46 werden durch inhaltliche Veranstaltungen der beiden Unterrichtsfächer, also Nicht-
47 Pädagogikfächer erworben. Für angehende Oberstufenlehrer sind es 72% (130 von 180
48 LP), für die Grund- und Mittelstufenlehrer 50% bzw. 56 % (90 bzw. 102 von 180 LP) und
49 für die Berufsschullehrer gar 75% (135 von 180 LP). Dem entsprechend kann nicht von
50 einer hinreichenden Basis an pädagogischer Qualifikation (neben den Bereichen Bildung
51 und Gesellschaft sowie Pädagogischer Psychologie, sind hier vor allem die Didaktiken
52 gemeint) gesprochen werden. Zusätzlich zu einer quantitativen Stärkung von Pädagogik
53 und Didaktik muss auch eine qualitative Aufwertung dieser Bereiche stattfinden. Zwar
54 verändert sich die Gewichtung für den Master-Studiengang, doch ist dieser mit vier
55 Semestern zu kurz angelegt, und zudem scheint da der Kern der „pädagogischen
56 Ausbildung“ ins achte und neunte Semester gequetscht. Ein breiteres pädagogisches
57 Fundament, wäre lediglich durch erhebliche Eigenleistung bzw. durch Belegung
58 zusätzlicher Seminare realisierbar. Dies ist in einem vollen B.A.-Stundenplan mit Vor-
59 und Nachbereitung undenkbar.

60 Zweitens steht das Problem der Arbeitsauslastung, und der daraus resultierenden
61 Zeitmange, einer Eigenleistung der Studierenden entgegen. Die vollen Stundenpläne der
62 B.A.-Studierenden sind hier ein Schlagwort. Doch soll die Problematik der

63 Arbeitsbelastung und des Zeitmangels u.a. an zwei Aspekten erklärt werden. Als erster
64 Punkt ist der Umstand zu nennen, dass Lehramtsstudierende neben der
65 Erziehungswissenschaft, an zwei weiteren Fachbereichen aktiv sind. Die zu belegenden
66 Seminare sind inhaltlich für Studierende des jeweiligen Fachbereichs ausgelegt und
67 nicht auf Lehramtsstudierende. Einen nennenswerten Anteil an Pädagogik weisen sie
68 nicht auf. Somit leisten sie keinen Beitrag zur Fähigkeit, den geforderten Unterricht
69 didaktisch sinnvoll zu konzipieren Auch sind die Scheinleistungen deckungsgleich mit
70 denen für die dortigen Studierenden. Als zweiten Punkt sind Sitzscheine, also
71 Veranstaltungen ohne Prüfungsleistung... (z.B. Übungen im Vertiefungsmodul) zu
72 nennen, in denen aber eine Anwesenheitspflicht für B.A.-Studierende besteht. Diese
73 rauben den Studierenden die notwendige Zeit, sich selbstständig auf dem
74 pädagogischen und didaktischen Feld weiterzubilden.

75 Drittens ist anzumerken, dass sich der praktische Anteil in der Bachelorphase aus einem
76 Integrierten Schulpraktikum, ISP, welches für das fünfte und sechste Semester
77 vorgeschrieben ist, sowie einer Praxisbezogenen Einführung, PE, als vermeintlich
78 zweiten praxisorientierten Baustein im Studium, zusammensetzt. Abgesehen von der
79 inhaltlich dürftigen Aufbereitung des Seminars, bleibt festzuhalten, dass eine
80 Praxisbezogene Einführung weder in ihrer Struktur, noch in ihrer inhaltlichen
81 Konzeption mit einem Praktikum vergleichbar ist. Folglich besteht durch die
82 vorgegebene Struktur erst im fünften oder sechsten Semester, also unmittelbar vor der
83 Bachelorarbeit, die Möglichkeit die eigene Eignung im Ernstfall „Schulalltag“ zu testen.
84 Diese, sowie die Annahme in fünftägigen Kompaktseminaren die praktischen
85 Kompetenzen ausbauen zu können, stellt den Sinn des praktischen Teils in seiner
86 Orientierungs- und Eignungsfunktion in der Bachelor-Phase von den Füßen auf den Kopf
87 und läuft zudem entgegengesetzt zu den Ratschlägen des Zentrums für Schulpraxis, die
88 den alten Staatsexamina die Ermöglichung von Praxiserfahrungen zu einem möglichst
89 frühen Zeitpunkt nahe gelegt haben.

90 Viertens muss die (strukturelle) Unterfinanzierung der Fakultät für
91 Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaften genannt werden.
92 Eine angemessene Finanzierung der Fakultät EPB darf selbstverständlich nicht zu
93 finanziellen Kürzungen in anderen Fakultäten führen. Vergleicht man die Ausstattungen
94 der einzelnen Fakultäten, befindet sich die MIN-Fakultät im
95 €/Lehrveranstaltungsstunden-Vergleich mit 7.964€ an der Spitze, während die EPB mit

96 3.914€ am unteren Ende stehen. Zusammen mit den für den Erhalt des Status Quo
97 benötigten 1.585.468€ besteht in der EPB – und vor allem dramatisch für die
98 Erziehungswissenschaft – die Tendenz dahin, dass langfristig Professuren
99 (Wiederbesetzungsquote 0,6%) abgebaut werden und in andere Stellen umgewandelt
100 werden. Eine mögliche Subventionierung durch die Verwendung von Studiengebühren
101 darf nicht passieren. Vielmehr sollte generell stärker in die Lehre investiert werden,
102 damit eine Grundlage für die notwendige Kurskorrektur im Bildungssystem geleistet
103 werden kann.

104 Werden diese vier Bestandteile berücksichtigt, scheint der B.A./M.A.-Studiengang ohne
105 tief greifende Veränderungen wenig den Ansprüchen zu genügen, die aus den eingangs
106 genannten Studien gezogen wurden. Die momentane Situation in der Lehrerbildung
107 besitzt vielmehr den Charakter einer Lehrerausbildung. Lehramtsstudierende „hetzen“
108 durch ihr Studium, wobei der Erkenntnisgewinn und die pädagogisch-didaktischen
109 Fertigkeiten minimal bleiben. Unerlässlich ist es, das Gesamtvolumen der
110 Arbeitsbelastung zu senken und gleichzeitig den Anteil der Pädagogik und Didaktik zu
111 erhöhen. Dies steht nicht zwangsläufig im Widerspruch. Beide Aspekte sind zu
112 vereinbaren, indem man den notwendigen Anteil der Pädagogik anhebt, aber die
113 Anteile der zu erbringenden Scheine der Unterrichtsfächer sowie die Sitzscheine z.B. in
114 den Vertiefungsmodulen deutlich reduziert. Hierdurch ergäben sich zweierlei
115 Sachverhalte, die mit Blick auf die pädagogische Qualifikation und für den
116 kompetenzorientierten Unterricht wichtig sind. Erstens dreht man das o.g.
117 Ungleichgewicht zwischen Erziehungswissenschaft und Unterrichtsfächern. Zweitens
118 erreicht man eine Reduzierung der Arbeitsbelastung, was Spielraum für ein zusätzlich
119 Berufsqualifizierendes Fundament schafft.

120 Weiterhin müssen die praktischen Anteile des Studiums, gerade in der Bachelor-Phase –
121 erhöht und vorgezogen werden. Die zu erkennende Reduktion des Praxisanteils um 1/3
122 muss korrigiert werden. Auch sollte von einer unmittelbaren Benotung der
123 anzufertigenden Praktikumsberichte abgesehen werden, da hierdurch der eigentliche
124 Aspekt, die Erfahrungssammlung und der Erkenntnisgewinn, unter das Verdikt einer
125 Note fallen. Nicht nur für die Praktika, sondern auch mit Blick auf die Seminare, sollte
126 auf Portfolioarbeit umgestiegen werden. Dieser Weg wird bereits vom Landesinstitut
127 für Lehrerbildung in der Referendariatsphase verfolgt. Durch die Portfolioarbeit können

128 die Studierenden ihre individuellen Lernfortschritte dokumentieren, ihre Gedanken
129 kritisch reflektieren, und dadurch Unklarheiten erkennen.

130 Daher fordern wir die SPD-Bürgerschaftsfraktion auf:

- 131 - sich mit der Lehrerbildung in diesem Sinne auseinanderzusetzen
- 132 - die notwendige Kurskorrektur in der Lehrerbildung einzuleiten. Hierfür muss:
 - 133 ○ der pädagogische Anteil (unterer besonderer Berücksichtigung der
134 Fachdidaktik) erhöht und qualitativ verbessert,
 - 135 ○ die Arbeitsbelastung (im Sinne der Definition des so genannten
136 *workloads*) der Studierenden (u.a. durch unnötige Sitzschemen) im
137 Gesamtvolumen gesenkt werden, um somit Zeit für eine weiter reichende
138 didaktische Qualifikation zu schaffen,
 - 139 ○ der Praxisanteil erhöht und in der B.A.-Phase früher angesetzt,
 - 140 ○ im universitären Alltag, insbesondere im Zusammenhang mit Praktika
141 oder Hospitationen, die Arbeit mit Methoden, wie dem Portfolio¹ weiter
142 gestärkt und ausgebaut,
 - 143 ○ sowie die Unterfinanzierung gestoppt werden, so dass vakante
144 Professuren wiederbesetzt werden können.
- 145 - Und über eine Verbesserung der Lehrerbildung in diesem Sinne die notwendige
146 Grundlage für den zwingend erforderlichen Paradigmenwechsel vom
147 Frontalunterricht zum kompetenz- und Handlungsorientierten Unterricht zu
148 ermöglichen.

¹ *Portfolio*: Das Portfolio zielt ab auf Reflexion von Praxiserfahrung, mit dessen Hilfe es gelingen soll und kann, die eigene Qualifizierung in der Lehrertätigkeit kritisch zu reflektieren und weiter zu entwickeln. Es geht darum, den eigenen Lernfortschritt und die wachsende Handlungskompetenz in der Lehrertätigkeit bewusst zu *gestalten*, zu *steuern* und zu *erleben*.

1 Für angemessene Stundenzahlen in der Schule!

2 In Hamburg absolvieren Schülerinnen und Schüler inzwischen das Gymnasium in acht,
3 statt wie bisher in neun Jahren. Bei der Umstellung auf G8 ist die von den Schülerinnen
4 und Schülern zu absolvierende Stundenzahl nicht verändert worden. Das bedeutet für
5 viele 40 und mehr Unterrichtsstunden pro Woche. Hinzu kommt noch ein nicht zu
6 verachtender Stundenaufwand zur Vor- und Nachbereitung des Unterrichts, zum Teil in
7 Form von Hausaufgaben, und die Vorbereitung für Prüfungen jeglicher Art. Durch die
8 vielen, zu belegenden Kurse entstehen auch organisatorische Probleme in der Erstellung
9 des Stundenplanes. Oft finden sich auf diesen dann Freistunden wieder, die den Tag
10 unnötig verlängern, jedoch nicht genug Zeit für Arbeit oder andere Aktivitäten bieten.

11 Ab der Mittelstufe findet auch Nachmittagsunterricht statt, um das „verlorene Jahr“ zu
12 kompensieren. Da diese Kompensation nicht vollständig geleistet werden kann, müssen
13 Schüler der Oberstufe des G8-Jahrgangs weitaus mehr Unterrichtsstunden absolvieren,
14 als vorangegangene Jahrgänge im G9. Dies hat zur Folge, dass Schüler des achtjährigen
15 Gymnasiums viele Fächer nur wählen, um ihre vorgeschriebene Schulstundenanzahl zu
16 erreichen und so ihre Zulassung zum Abitur zu bekommen. Die Zahl der
17 Unterrichtsnoten, die in die Abiturnote einfließt, hat sich beim Wechsel von G8 zu G9
18 allerdings nicht verändert. Der Arbeitsaufwand für die „Stundenfüller“ hält die
19 Schülerinnen und Schüler zum einen von der guten Vorbereitung für die Fächer ab, die
20 sie tatsächlich in ihr Abitur einbringen, auf der anderen Seite wird ihnen ein Großteil
21 ihrer Freizeit genommen, in welcher sie sich kulturell weiterbilden, sportlich oder
22 musikalisch betätigen, oder einfach erholen könnten. Die durch zu viele Fächer und
23 Schulstunden entstehende Masse an Hausaufgaben, Klausuren und allgemeiner
24 Unterrichtsvor- und -nachbereitung sind den Schülern nur schwer zumutbar.

25 Gerade im Kindes- und Jugendalter ist Raum für eine Persönlichkeitsentwicklung
26 unabdingbar. Jedoch erwecken die aktuellen Schulreformen den Eindruck, dass auf die
27 persönliche Entwicklung der Schüler keinerlei Wert mehr gelegt wird. Stattdessen
28 drängt sich der Eindruck auf, dass Hamburger Schülerinnen und Schüler, insbesondere
29 die Abiturentinnen und Abiturienten, lediglich möglichst schnell auf den Arbeitsmarkt
30 entlassen werden sollen.

31 Mit der Umstellung von G9 auf G8 ist eine dringend notwendige Entschlackung der
32 Lehrpläne versäumt worden. Über diese kann eine generelle Pflichtstundenreduzierung
33 geleistet werden, ohne an der unbedingt erhaltenswerten Vielfalt der Fächer zu sparen.
34 Es muss um eine Entlastung der Schülerinnen und Schüler in den Pflichtstunden und
35 gegebenenfalls den zu leistenden Hausaufgaben gehen, keinesfalls soll am Angebot der
36 Fächer gespart werden. Auch dürfen nicht weiterhin Fächer zusammengelegt werden,
37 wie das bereits mit den Fächern Erdkunde und Geschichte in der gymnasialen Oberstufe
38 geschehen ist.

39 Aus diesem Grund fordern wir die SPD-Bürgerschaftsfraktion auf, auf eine Reduzierung
40 der zu absolvierenden Stunden im Allgemeinen hinzuwirken, und eine Anpassung der
41 geforderten Unterrichtsstunden in der gymnasialen Oberstufe an die tatsächlichen
42 Voraussetzung für das Abitur voranzutreiben.

1 In der Kürze liegt die Würze? – Qualitätsprüfung zu G8

2 In den vergangenen Jahren haben erst die CDU-geführte Regierung und dann die
3 Schwarz-Grünen Koalitionäre die Hamburgische Bildungslandschaft mächtig
4 durcheinander gewirbelt. Von den vielen Reformen sind einige bereits in Kraft getreten
5 und führen zu weitläufigen Problemen, manch anderes kommt in den nächsten Jahren
6 noch auf die Hamburger Jugend zu.

7 Im kommenden Jahr wird der erste Abiturjahrgang in Hamburg das Abitur nach 8 Jahren
8 Gymnasium abschließen - G8 steht kurz davor endgültig G9 abzulösen. Die
9 Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule ein Jahr früher, starten eher in eine
10 Ausbildung oder das Studium und damit auch schneller in den Beruf. In gewisser Weise
11 kann man unterstellen, dass G8 - wie auch die „Rente mit 67“ - versucht, dem Kollaps
12 des Generationenvertrages entgegenzuwirken. Ein augenscheinlich guter Ansatz und
13 kurzfristig kann G8 wahrscheinlich wirklich dem Demographischen Wandel in seiner
14 Auswirkung auf den Arbeitsmarkt entgegen wirken. Doch langfristig bietet G8 keine
15 Antwort auf die Problematik unserer immer älter werdenden Gesellschaft. Eine höhere
16 Geburtenrate, das beste Mittel gegen den demographischen Wandel, schafft auch G8
17 nicht. Im Gegenteil – eine schlechte Ausbildung und ständige Unsicherheit durch
18 destruktiven Reformwahn in der Bildung sind keine Anreize, mehr Kinder zu bekommen.

19 Um überhaupt ermitteln zu können, welche Folgen eine Reform hat – z.B. auf die
20 Hamburger Bildungslandschaft, oder den Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler –
21 ist es elementar, diese zu begleiten und kontinuierlich zu evaluieren. Vor allem, um auch
22 den potentiellen Erfolg der Reform bemessen zu können, ist eine Evaluation
23 unumgänglich.

24 Aus diesem Grund fordern die Jusos Hamburg die SPD-Bürgerschaftsfraktion auf:

- 25 – Sich dafür stark zu machen, dass eine unabhängige empirische Untersuchung
- 26 durch die Hansestadt Hamburg in Auftrag gegeben wird, um die Folgen von G8
- 27 umfassend zu evaluieren und auf dieser Basis gezielt Verbesserungskonzepte
- 28 auszuarbeiten, sowie umzusetzen.

29
30
31
32
33
34
35
36
37

38
39
40
41
42

- Dabei einen Fokus zu legen auf die Fragen, wie sich G8 auf die Kernkompetenzen der Schülerinnen und Schüler Hamburgs (hier geht es nicht um eine Leistungs-, sondern ausdrücklich eine standardisierte Kompetenztestung), auf den Anspruch der Chancengleichheit, und den weiteren Bildungsweg auswirkt. Außerdem müssen Faktoren wie Stress und emotionale Belastung, sowie die Qualität der Lehre erhoben werden. Auch die Ausstattung der Schulen und der Zustand der Gebäude spielt für eine erfolgreiche Reform eine Rolle und muss in einer Evaluation beachtet werden. Dabei sind auch Daten aus G9-Zeiten zu berücksichtigen.
- Ferner sich dafür einzusetzen, in eine Qualitätssicherung zu investieren. Dabei müssen Fragen beantwortet werden, wie z.B. G8 in seinen Lehrplänen entschlackt werden und gleichzeitig die Qualität bewahrt werden kann, oder trotz verkürzter Schulzeit Raum für ein Auslandsjahr, Engagement jeder Art etc. in und außerhalb der Schule geschaffen werden kann.

1 **Schwusos endlich gleichstellen –**
2 **Für die Anerkennung als Arbeitsgemeinschaft!**

3 Auf dem ordentlichen Bundesparteitag der SPD in Dresden im November 2009 wird
4 durch den SPD Landesverband Bayern der Antrag zur Anerkennung des Arbeitskreises
5 der Lesben und Schwulen in der SPD (Schwusos) als Arbeitsgemeinschaft im Sinne des
6 §10 des Organisationsstatuts der SPD gestellt. Wie andere Gliederungen und
7 Arbeitsgemeinschaften erklären sich auch die Jusos Hamburg solidarisch mit den im
8 Antrag formulierten Zielen.

9 In Hamburg sind die Schwusos bereits eine anerkannte Arbeitsgemeinschaft. Die
10 Forderung, die Schwusos in der SPD in Gänze als Arbeitsgemeinschaft anzuerkennen,
11 konnte in der Vergangenheit mehrfach nicht durchgesetzt werden. So haben die Jusos
12 Hamburg gemeinsam mit anderen Gliederungen der Jusos bereits auf dem
13 JusoBundeskongress (BuKo) 2006 in Saarbrücken versucht, einen Beschluss, in dem sich
14 die Jusos für eine Anerkennung der Schwusos als Arbeitsgemeinschaft aussprechen,
15 herbeizuführen.

16 Durch die Antragsstellung des SPD Landesverbandes Bayern bietet sich auf dem
17 Bundesparteitag in Dresden die realistische Chance auf Durchsetzung der im Antrag
18 formulierten Ziele. Gemeinsam mit anderen Gliederungen der SPD wollen die Jusos
19 Hamburg solidarisch auf eine positive Bescheidung des Antrages hinwirken.

20 Die Jusos Hamburg fordern den Bundesparteitag auf, die Anerkennung der Schwusos als
21 Arbeitsgemeinschaft im Sinne des §10 des Organisationstatuts der SPD zu beschließen.

22 Die Jusos Hamburg fordern insbesondere die Hamburger Bundesdelegierten auf, in
23 Dresden für den Antrag auf Anerkennung der Schwusos als Arbeitsgemeinschaft zu
24 stimmen.

25 Die Jusos Hamburg fordern den Bundesvorstand der Jusos auf, sich im Vorfeld des
26 Bundesparteitags nun für eine Anerkennung der Schwusos als Arbeitsgemeinschaft
27 einzusetzen.

28 Die Jusos Hamburg fordern den Landesvorstand der SPD Hamburg auf, sich für den
29 Antrag auf Anerkennung der Schwusos als Arbeitsgemeinschaft auszusprechen und in
30 diesem Sinne seine Solidarität in einem Brief an die Antragskommission des SPD
31 Bundesparteitags in Dresden zu erklären.

32 **Der Antrag im Wortlaut:**

33 Der ordentliche Parteitag möge über folgenden Antrag beschließen:

34 Der ordentliche Parteitag der SPD in Dresden im November 2009 möge die
35 Anerkennung des Arbeitskreises der Lesben und Schwulen in der SPD (Schwusos) als
36 Arbeitsgemeinschaft im Sinne des §10 des Organisationsstatuts der SPD beschließen.

37 **Begründung:**

38 In einer großen Partei, wie der SPD, kann nicht alles von einem Gremium organisiert
39 werden. Daher bedient sich die Partei den Arbeitsgemeinschaften. Die
40 Arbeitsgemeinschaften vermitteln die Interessen der jeweiligen Zielgruppe in die Partei
41 und die Öffentlichkeit. Sie stellen somit ein wichtiges Kommunikationsmittel zwischen
42 der Partei, den Fraktionen und den Bürgerinnen und Bürgern dar.

43 Für eine erfolgreiche Arbeit einer Interessenvertretung in der SPD ist es notwendig, dass
44 diese ein gewisses Maß an Selbstständigkeit und Eigenverantwortung besitzt. Dazu
45 gehört die Möglichkeit, auf einem Parteitag Anträge zu stellen und als
46 Interessenvertretung auf dem Parteitag (auch mündlich) Stellung zu beziehen.

47 Diese Möglichkeiten bleiben den Schwusos bisher in der Mehrzahl der Landesverbände
48 und im Bund versagt. Sie sind immer darauf angewiesen durch eine Mittelsperson ihre
49 Anliegen vorzutragen. Man kann sagen, dass das Schicksal ihrer Interessen von dem
50 guten Willen Dritter abhängt. Im Interesse einer konstruktiven und erfolgreichen Arbeit
51 der Schwusos ist dieser Zustand zu beenden.

52 Vor über 30 Jahren wurde der Arbeitskreis der Lesben und Schwulen in der SPD
53 (Schwusos), mit dem Ziel gegründet, die Interessen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen
54 und Transgender innerhalb der SPD zu vertreten und die Gleichbehandlung und
55 Toleranz in der Gesellschaft und vor dem Gesetz zu verbessern.

56 In den vergangenen Jahren wurden unstrittig große Erfolge im Bereich der
57 Gleichbehandlung von homosexuellen Menschen erzielt. Dazu zählen das von der rot-
58 grünen Koalition verabschiedete Lebenspartnerschaftsgesetz und die Aufnahme der
59 „sexuellen Identität“ in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz.

60 Viele dieser Erfolge wären ohne die SPD nicht möglich gewesen. Die Schwusos haben
61 sich hier als eine zuverlässige und notwendige Unterstützung der Partei erwiesen. Die
62 Erfolge der Partei sind auch auf eine konstruktive und verlässliche Arbeit der Schwusos
63 zurückzuführen.

64 Die SPD hat erkannt, dass man mit diesen Erfolgen in einer breiten Masse der
65 Bevölkerung, auch jenseits der homosexuellen Mitmenschen, positiven Zuspruch erhält.
66 Jetzt müssen wir uns darum bemühen, auch die nächsten großen Erfolge in diesem
67 Bereich für uns zu verbuchen.

68 Gerade mit Blick auf unsere politischen Mitbewerber FDP, Bündnis 90/Die Grünen und
69 Die Linke ist es notwendig das Engagement der Schwusos, und damit das der SPD, zu
70 erweitern. Die „kleinen“ Parteien versuchen immer mehr durch eine gezielte Werbung,
71 beispielsweise durch Infostände anlässlich Lesbisch-Schwuler-Veranstaltungen wie der
72 „Christopher Street Day“ (CSD) oder Strassenfesten, den Eindruck zu erwecken, die
73 Erfolge in der Gleichstellungspolitik seien ihre Verdienste. Wir, die SPD, dürfen dies nicht
74 zulassen. Unsere Erfolge sind unsere Erfolge und wir müssen sie als solche offenkundig
75 machen.

76 Dafür benötigt die SPD eine starke Interessenvertretung für Lesbisch-/Schwule-Belange,
77 folglich starke Schwusos.

78 Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Wirkung der Schwusos, und damit deren Arbeit,
79 gegenüber den Gremien und Gliederungen der Partei. Für viele sind die Schwusos nur
80 ein „Diskussionskreis“. Dabei müsste mittlerweile jedem klar sein, dass die Schwusos
81 mehr leisten. Zur Arbeit der Schwusos gehört unter anderem die Präsentation der SPD
82 auf Zielgruppen orientierten Veranstaltungen (bsp. CSD und örtliche Strassenfeste). Und
83 dafür ist mehr notwendig, als bloßes „Reden“. Die Auftritte müssen geplant und
84 natürlich auch durchgeführt werden. Die Schwusos präsentieren die SPD nicht allein
85 durch das Verteilen von Flyern, sondern auch durch persönliche Gespräche mit
86 Interessierten, Informationsabenden, Infoständen und gezielten Werbeaktionen. Diese
87 Arbeit gilt es gebührend zu honorieren und weiter zu fördern.

88 Die Anerkennung der Schwusos als Arbeitsgemeinschaft im Sinne des
89 Organisationsstatutes ist gerade im Hinblick auf das Erstarke der LSU, der Lesben und
90 Schwulen in der Union, dringend notwendig. Die Konservativen können mit einer
91 eigenständigen Interessenvertretung werben, während die SPD sich gegenwärtig nur
92 einen „Diskussionskreis“ leistet. Für Außenstehende, und teilweise auch für
93 Parteimitglieder, symbolisiert dies ein geringes Interesse der SPD an Lesbisch-
94 /Schwulen-Belangen.

95 Lesben und Schwule bieten für die SPD ein großes Wählerpotential. Im politischen
96 Meinungsbildungsprozess dürfen wir daher Lesben und Schwule nicht weiter außen vor
97 lassen. Den Bürgern muss deutlich gemacht werden, dass wir, die SPD, die Belange und
98 Interessen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender ernst nehmen, und wir
99 uns für sie einsetzen.

100 Die Toleranz gegenüber Lesben, Schwulen und Transgender hat in der Gesellschaft
101 spürbar zugenommen. Dennoch mehren sich die Übergriffe auf homosexuelle
102 Mitmenschen und die Ausgrenzung von Homosexuellen in den letzten Monaten wieder.
103 Dem müssen entgegen gewirkt werden.

104 Durch die Anerkennung der Schwusos als Arbeitsgemeinschaft im Sinne des
105 Organisationsstatuts würde nicht nur die Arbeit aufgewertet, sondern diese auch
106 planbarer und eigenverantwortlicher. Die Schwusos hätten die Möglichkeit flexibler zu
107 reagieren. Die Anerkennung würde deutlich machen, dass die SPD die Arbeit der
108 Schwusos wahr und ernst nimmt, sowohl gegenüber den eigenen Mitgliedern, wie auch
109 gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

110 Die SPD muss ihre Erfolgsgeschichte in der Gleichbehandlung von Lesben, Schwulen und
111 Transgender fortführen. Hierfür braucht die SPD die Schwusos. Nur mit einer starken
112 Arbeitsgemeinschaft von Lesben und Schwulen kann die SPD diese Erfolgsgeschichte
113 weiterführen.

114 Im Interesse einer erfolgreicher Arbeit bitten wir um Unterstützung und Zustimmung.

1 **Es ist Nacht? Dann schaltet die Ampeln aus!**

2 In Hamburg werden spätestens um 1:00 Uhr einige der Lichtzeichenanlagen (Ampeln)
3 abgeschaltet. Auffällig ist jedoch, dass viele der anderen Ampeln durchgängig in Betrieb
4 bleiben, obwohl kein offensichtlicher Grund dafür erkennbar ist. In der Konsequenz
5 führt dies dazu, dass Autofahrer meist grundlos nachts vor Ampeln abbremsen,
6 anhalten und wieder anfahren müssen. Hierdurch entstehen unnötige Kosten und
7 Belastungen für Autofahrer, Staat, Stadt und Umwelt, die vermieden werden könnten.
8 Es kommt zu zusätzlichen Spritkosten, Verschleiß, Ampel-Betriebskosten, Lärm- und
9 CO2-Emissionen, obwohl eine Ampelabschaltung die Verkehrssicherheit nicht
10 beeinträchtigen würde.

11 Eine Ampel hat den Zweck hoch frequentierte Straßen verkehrssicher zu regeln. Sobald
12 nahezu kein Verkehrsaufkommen mehr vorhanden ist, entfällt dieser Zweck. Ohnehin
13 ist immer eine Ausschilderung gegeben, die den Verkehr immer dann regelt, wenn die
14 Ampelanlage ausgeschaltet oder ausgefallen ist. Bedingung zur Abschaltung einer
15 Ampel muss immer sein, dass die Sicherheit für Verkehrsteilnehmer und Passanten nach
16 wie vor gewährleistet ist.

17 **Forderung:**



18 Die Jusos Hamburg fordern die Abschaltung aller Lichtzeichenanlagen (Ampeln) ab
19 spätestens 1 Uhr nachts, die sich in wenig befahrenen Nebenstraßen befinden, wenn
20 hierdurch nach wie vor die Verkehrssicherheit gewährleistet ist.

21 Dieser Antrag wird an die SPD-Bürgerschaftsfraktion weitergeleitet und um eine
22 Antwort bzw. Beurteilung gebeten.

1 Hamburgs Stadtteilkultur muss erhalten bleiben!

2 Seit Jahrzehnten hat die Freie und Hansestadt Hamburg eine im Vergleich zu anderen
3 Bundesländern äußerst vielfältige und inhaltlich anspruchsvolle kulturelle Szene zu
4 bieten. Weltberühmte Ballettaufführungen unter der Leitung von John Neumeier sind
5 ebenso erwähnenswert wie ein abwechslungsreiches Bühnen- und Konzertprogramm.
6 Doch nicht weniger bedeutsam wie diese „Leuchtturmprojekte“ ist die lebendige
7 Stadtteilkultur zu erachten, welche sich in der Vergangenheit in den Quartieren
8 entwickelt hat. Als Beispiel hierfür sind die Geschichtswerkstätten zu nennen, die sich
9 Ende der 70er Jahre etablierten. Die SPD legt seit jeher stets Wert darauf, diese
10 Stadtteilkultur zu erhalten und zu pflegen, um dadurch ein reichhaltiges und
11 bezahlbares kulturelles Angebot für die gesamte Gesellschaft zu gewährleisten. Auch
12 die kulturellen Angebote der Bürgerhäuser, die ambitionierte Arbeit der Kulturhäuser
13 oder die Darbietungen von Laienspielgruppen in den Stadtteilen beleben die Stadtteile
14 auf positive Weise.

15 Zeitungsberichten zufolge plant der Schwarz-Grüne Senat, ab 2010 zehn Millionen Euro
16 aus dem Etat der Kulturbehörde einzusparen. Der Gesamtetat der Behörde für Kultur,
17 Sport und Medien beträgt zur Zeit 211, 46 Millionen Euro sowie 64, 8 Millionen Euro für
18 die Elbphilharmonie. Dies macht 2,49 Prozent des Gesamthaushaltes aus. In den
19 vergangenen acht Jahren wurde die Stadtteilkultur zu Gunsten einiger weniger
20 Prestigeprojekte wie der Elbphilharmonie vom CDU-Senat stark vernachlässigt. Dadurch
21 werden Menschen mit geringem Einkommen sukzessive weniger am kulturellen Leben
22 teilhaben können als dies zu Zeiten sozialdemokratischer Regierungspolitik in Hamburg
23 der Fall gewesen ist. Dies ist ein unerträglicher Zustand! Allein im Jahre 2003 kürzte der
24 damalige Beust/Schill-Senat die Mittel für die Hamburger Geschichtswerkstätten um 25
25 Prozent auf 400.000 Euro jährlich. Die 25 Stadtteilkulturzentren erhalten derzeit
26 insgesamt 4,2 Millionen Euro aus Mitteln der Kulturbehörde für ein äußerst
27 umfangreiches Programm. Die Jusos Hamburg fordern Kultursenatorin von Welck sowie
28 den gesamten Senat auf, keine weiteren Einsparungen zu Lasten der Stadtteilkultur
29 vorzunehmen.



30 Im Koalitionsvertrag von CDU und GAL steht festgeschrieben: "Die Lebendigkeit und
31 Identität von Stadtteilen beruht vor allem auf der Vielfalt und der Geschichte ihres
32 kulturellen Lebens." Frau Senatorin von Welck wird sich an diesen Worten messen
33 lassen müssen.

34 Die Jusos Hamburg fordern daher die SPD-Bürgerschaftsfraktion dazu auf, diese
35 Forderung in Form eines Antrages in der Hamburgischen Bürgerschaft einzubringen.

1 StadtRad statt Innenstadtrad

2 Die Jusos Hamburg fordern die Bürgerschaftsfraktion des SPD dazu auf, sich für die
3 Errichtung weiterer Stadtradstationen in Hamburg starkzumachen und darauf
4 hinzuwirken, dass diese auch Außenbezirke besser erschließen.

5 Begründung:

6 Im Juli wurden die neuen Fahrradstationen der DB in Zusammenarbeit mit der FHH in
7 Betrieb genommen. Diese erfreuen sich einer großen Beliebtheit und Ergänzen das
8 Angebot des HVV nachgerade optimal. Durch diese Stationen lassen sich kurze Strecken
9 schnell und fast CO2-neutral zurücklegen [☒] aber leider beschränkt sich das bisherige
10 Angebot fast ausschließlich auf den Innenstadtbereich. Außenbezirke haben bisher
11 keine Stationen, obwohl auch hier Stationen an den zentralen Knotenpunkten eine
12 echte Vereinfachung darstellen würden. Insbesondere der Hamburger Süden und der
13 Osten wurden gänzlich ausgespart. Die Norderelbe ist die südliche Grenze des
14 bisherigen Systems; in Hamm ist Schluss.

15 Um die Akzeptanz des Systems zu erhöhen und den Verkehr in Hamburg
16 umweltfreundlicher zu Gestalten ist eine Erweiterung des Systems außerhalb des Rings
17 2 erforderlich.

- 1 Zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg und den Bundeskongress der Jusos (jeweils
2 zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD)

3 **Faire Entlohnung für MedizinerInnen im Praktischen Jahr**

4 MedizinstudentInnen im Praktischen Jahr leisten nach bereits fünfjährigem Studium
5 qualifizierte Arbeit in Krankenhäusern und entlasten dort Ärztinnen und Ärzte. Obwohl
6 noch in der Ausbildung befindlich, sind die MedizinstudentInnen ganztags im
7 Krankenhaus.

8 Dennoch ist die Bezahlung von MedizinstudentInnen im Praktischen Jahr (PJ) in
9 Deutschland immer noch die Ausnahme. In einzelnen Fällen wurden die Entlohnung von
10 den Universitäten künstlich gedeckelt - auch für Kliniken, die zur Entlohnung der Ärzte
11 im Praktischen Jahr bereit sind.

12 Die bewusste Eindämmung des Wettbewerbs unter den Lehrkrankenhäusern schadet
13 auch der allgemeinen Qualität der Lehre innerhalb des PJ und sorgt dafür, dass
14 MedizinstudentInnen ihr

15 Praktisches Jahr zunehmend im Ausland ableisten, wo sie eine entsprechende
16 Entlohnung erhalten. Der Erhalt des studentischen Status während des PJ bietet keine
17 hinreichende Entlastung für MedizinstudentInnen im Praktischen Jahr. Im Gegensatz
18 zur regulären Studienzeit ist im PJ keine Zeit für Nebentätigkeiten und Eigenstudium.

19 Dies benachteiligt insbesondere StudentInnen, die Studium und Lebensunterhalt selbst
20 finanzieren müssen. Ähnlich wie Referendare im Lehramts- oder Jurastudium ist daher
21 auch in der Lehrzeit eine Vergütung für MedizinerInnen im Praktischen Jahr angebracht.
22 Wir fordern daher die SPD, insbesondere die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, für eine
23 faire Aufwandsentschädigung der MedizinstudentInnen im PJ einzutreten. Gemessen
24 am Ausbildungsstand muss sie sich am Gehalt der Referendare (Lehrer bzw. Juristen)
25 orientieren. Um eine bundesweite Zahlung sicherzustellen und Abweichungen an
26 einzelnen Universitäten zu vermeiden, ist sie gesetzlich zu verankern. Es bietet sich eine
27 Änderung der Approbationsordnung für Ärzte an, die in § 3 ohnehin die Bedingungen
28 für das Praktische Jahr regelt.

1 Eine sozialdemokratische Rente

2 Die Gestaltung des Rentensystems wird auch in Zukunft für die SPD eine zentrale Rolle
3 spielen. Gemessen an der Bedeutung die das Thema Rente für die SPD spielt, bzw. für
4 ihre Verluste im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 2009, wird die Aufarbeitung
5 eher stiefmütterlich betrieben. Es fehlen offenbar in weiten Teilen nicht nur
6 differenzierte Kenntnis zum Rentensystem in Deutschland sondern auch vor allem die
7 Vision die vielschichtigen Probleme zu identifizieren und zu lösen.

8 Im Hamburger Programm findet sich außer einem Bekenntnis zum Leben in einer
9 alternden Gesellschaft nicht viel Konkretes. Das müssen und wollen wir Jusos Hamburg
10 ändern. Wir als Generation die selbst und deren Kinder und Enkel von Reformen an der
11 Rente betroffen sein werden, müssen die Lücke schließen und mit systematischen
12 Vorgehen und Verstand das System der Rente auf zukunftsfähige Beine stellen.

13 Hamburger Programm Seite 59:

14 *„Sicher und aktiv im Alter*

15 *Die Gesellschaft der Zukunft wird eine Gesellschaft des längeren Lebens sein. Da die*
16 *Menschen auch länger gesund bleiben, schließt sich an das Arbeitsleben zunehmend*
17 *eine dritte, ausgedehnte Lebensphase an. Wir wollen den Übergang in den Ruhestand*
18 *flexibler gestalten. Jeder Mensch soll im Alter aktiv und kreativ am gesellschaftlichen*
19 *Leben und in der Arbeitswelt teilnehmen können. Das Engagement und die Erfahrung*
20 *der Älteren bereichern unser Land wirtschaftlich, politisch und kulturell.*

21 *Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt die tragende Säule einer armutsfesten*
22 *Alterssicherung. Sie muss allerdings durch Betriebsrenten oder öffentlich geförderte*
23 *private Vorsorge ergänzt werden, damit die Menschen im Alter ihren Lebensstandard*
24 *halten können.*

25 *Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung langfristig auf alle Erwerbstätigen*
26 *ausdehnen. Dabei halten wir am Erwerbseinkommen und an der Erwerbsdauer als*
27 *Maßstab für die Rentenhöhe fest.*

28 *Die Rente muss beitragsbezogen bleiben. Eine Einheitsrente lehnen wir ab. Wir wollen*
29 *Altersarmut vermeiden. Die Einführung der Grundsicherung im Alter war dafür ein*
30 *wichtiger Schritt. Hinzu kommen muss die eigenständige Alterssicherung von Frauen.“*

31 Forderungen der Jusos Hamburg

32 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg fordert den Landesvorstand auf
33 eine Grundlage zum Thema Rente in Deutschland zu erarbeiten. Dieser Antrag soll dazu
34 geeignet sein eine Debatte zu diesem Thema innerhalb der Partei anzustoßen um die
35 Rente in Deutschland zukunftsfähig zu gestalten.

36 Dabei sollen folgende Punkte berücksichtigen werden:

37 Breitere Finanzierungsbasis

38 Nicht erst seit der Entdeckung der demographischen Entwicklung in unserem Land, mit
39 einer Alterspyramide die auf dem Kopf steht, ist die Finanzierung der Rente nicht mehr
40 gewährleistet. Der Generationenvertrag leistet bei weitem nicht mehr was er verspricht,
41 der steuerfinanzierte Rentenzuschuss betrug in den vergangenen Jahren bereits fast ein
42 Drittel. Dies ist nicht allein mit „leistungsfremden Ersatzleistungen“ zu erklären, die der
43 Staat zuschießt um einen Rentenanspruch für Erziehungszeit oder Ausbildungszeit zu
44 decken. Nicht nur steigende Lebenserwartung und demographische Effekte sorgen für
45 eine Umlageunterfinanzierung. Vor allem die Kopplung der Renten an abhängig
46 beschäftigte Arbeit durch eine Beitragsfinanzierung ist nicht mehr zeitgemäß.

47 Das Einkommensteuergesetz kennt 7 Einkunftsarten (Gewinneinkünfte: 1. Einkünfte aus
48 Land- und Forstwirtschaft (Obstanbau, Weinanbau, Teichwirtschaft) 2. Einkünfte aus
49 Gewerbebetrieb (gewerblicher Unternehmen, Gewinnanteile OHG) 3. Einkünfte aus
50 selbständiger Arbeit (Ärzte Rechtsanwälte) Überschusseinkünfte: 4. Einkünfte aus
51 nichtselbständiger Arbeit (Löhne) 5. Einkünfte aus Kapitalvermögen (Zins, Dividende) 6.
52 Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (Grundstücke, Gebäude) 7. Sonstige
53 Einkünfte (Leibrenten, Unterhaltszahlungen, Spekulationsgewinne)). Warum werden
54 nur Einkünfte aus unselbstständiger Arbeit zu Finanzierung der Renten herangezogen?
55 Eine Finanzierung über alle Einkommensarten würde die Rente von der
56 Lohnentwicklung (nicht nur Finanzierungsbasis) entkoppeln und das Rentenniveau an
57 die BIP-Entwicklung binden. („Warum soll der Roboterarm der zwei Automechaniker
58 ersetzt nicht deren Rente bezahlen?!“)

59 Eine breitere Finanzierungsbasis der Rente ist in der Zukunft unumgänglich und darüber
60 muss vorbehaltlos beraten werden, auch um Altersarmut in der Zukunft zu verhindern.

61 Flexibles Renteneintrittsalter // Anpassung des Renteneintrittsalters an den Beruf

62 Eine einheitliche Altersgrenze für *das* Renteneintrittsalter ignoriert die Realitäten die
63 eine spezialisierte Arbeitsteilung innerhalb einer Volkswirtschaft mit sich bringt.
64 Abgesehen von alten Parolen der Nichtvergleichbarkeit zwischen Maurer und Banker
65 berücksichtigt ein einheitliches Renteneintrittsalter auch zu wenig den Wunsch für noch
66 arbeitsfähige und arbeitswillige Menschen. (Warum soll ein Mensch der noch arbeiten
67 will nicht arbeiten dürfen?) Mit flexiblen Renteneintrittsaltern kann man in der Zukunft
68 unterschiedlichen Arbeitsrealitäten entsprechen. Wir brauchen ein tragfähiges Modell.

69 Riestern für die Zukunft, das Allheilmittel Kapital gedeckte Renten

70 Die Jusos Hamburg sind es einer Debatte ohne Vorurteile schuldig endlich modellhaft
71 darzustellen, dass eine Kapitalbildende Rente gleiche Probleme mit sich bringt wie eine
72 Umlagefinanzierung. Letzten Endes bestreiten beide Systeme ihre Einnahmen aus dem
73 zukünftigen Volkswirtschaftlichen Ertrag. Die kapitalgedeckte Rente setzt voraus dass
74 auch in Zukunft eine hohe Nachfrage nach Kapital besteht; dass durch Sparen gebildete
75 Kapital muss Abnehmer finden. Die Argumentation dass wenn der demographische
76 Faktor in Deutschland zu sehr greift und „das Ausland schon kaufen wird“, setzt nicht
77 nur Frieden voraus, sondern impliziert neben einem wirtschaftlich verarmenden
78 Deutschland auch machtpolitische Verschiebungen, deren Tragweite die Grenzen der
79 Rentenfinanzierung weit übersteigen. Durch eine Kopplung der Rente an das BIP ist die
80 Höhe der Rente immer unmittelbar Abbild der Leistungsfähigkeit unserer
81 Volkswirtschaft.

82 Finanzierbarkeit der Rente durch Rentenkorridor gewährleisten // Mindestrente
83 einführen gegen Altersarmut!

84 Ein weiterer Mechanismus der die Finanzierbarkeit von Rente gewährleisten sollte ist
85 das Konzept eines „Rentenkorridors“ der von einer Mindestrente, die deutlich über der
86 Grundsicherung liegen muss, bis zu einer Maximalrente reicht. Durch die Maximalrente
87 wird eine Finanzierbarkeit der Mindestrente hergestellt. Ein klassischer
88 Umverteilungsmechanismus der durch die Mindestrente auch Altersarmut verhindern
89 soll.

90 Erziehungsleistungen auf die Rente anrechnen

91 Der gesellschaftliche Gewinn, von der volkswirtschaftlichen Dimension mal abgesehen,
92 den Kinder für unsere Gesellschaft sind, ist unbestritten. Warum jedoch nur sehr leidlich
93 Erziehungsleistungen auf die Rente angerechnet wird, ist schwer erklärbar.
94 Erziehungsleistungen müssen gemessen an ihrem gesellschaftlichen Beitrag
95 angemessen auf die Rente angerechnet werden. Dabei ist wichtig, dass auch die
96 Erziehungsleistung, die arbeitende Eltern bringen, angemessen in die Berechnung der
97 Rente mit einbezogen wird. Nach einem solchem Modell müssen wir suchen und es
98 dringend in die Rente integrieren.

99 Förderung des mietfreien Wohnens im Rentenalter

100 „Wenn überall für das Wohl der Rentner Kapital gebildet werden soll, warum kann dann
101 der Staat nicht im Besonderen mietfreies Wohnen im Alter fördern?!“ Kapitalbildung für
102 den Eigenbedarf an Wohnraum sollte im Besonderen gefördert werden da mit einer
103 solchen Förderung nicht nur Konjunkturprogramme bestreitbar sind, sondern ein
104 wirksames und effizientes Mittel gegen Altersarmut darstellen.

1 Eingetragene Lebenspartnerschaften gleichstellen. JETZT!

2 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für

3 1. die komplette steuerliche Gleichstellung der Eingetragenen Lebenspartnerschaft
4 mit der Ehe,

5 2. die Möglichkeit der Paar-Adoption für Eingetragene Lebenspartnerschaften
6 sowie

7 3. die Ergänzung Diskriminierungsverbotes des Artikels 3 (3) GG sexuelle Identität

8 einzusetzen und einen Gesetzesentwurf in den Deutschen Bundestag einzubringen.


9 Begründung:

10 Die Verabschiedung des Lebenspartnerschaftsgesetzes (LPartG) war eines der größten
11 gesellschaftspolitischen Errungenschaften der SPD-Regierungszeit von 1998-2009.

12 Seitdem können Schwule und Lesben ihre Partnerschaften eintragen lassen. Die
13 Gleichstellung im Miet- und Sozialrecht, die Möglichkeit der Stiefkindadoption sowie die
14 Gleichstellung in der Erbschaftsteuer wurden von der SPD durchgesetzt.

15 Die ebenfalls von Rot-Grün forcierte Gleichstellung der Lebenspartnerschaften vor allem
16 im Einkommensteuerrecht wurden von CDU/CSU und zu diesem Zeitpunkt auch noch
17 von der FDP mit dem Verweis auf Artikel 6 GG (Schutz von Ehe und Familie) abgelehnt
18 und im Bundesrat gestoppt.

19 In einer Pressemitteilung vom 22. Oktober 2009 zum Beschluss vom 7. Juli 2009 hat das
20 Bundesverfassungsgericht mitgeteilt, dass eine Privilegierung der Ehe mit anderen
21 Lebensformen, die mit der Ehe vergleichbar sind, ungerechtfertigt ist und der Verweis
22 auf Artikel 6 GG nicht ausreicht. Vor dem BVerfG war allerdings nur die Frage behandelt
23 worden, ob die Ungleichbehandlung der Lebenspartnerschaften in der betrieblichen
24 Hinterbliebenenversorgung verfassungswidrig ist.



25 CDU/CSU und FDP haben in ihrem Koalitionsvertrag lediglich ausgeführt, die
26 Bundesverfassungsgerichtsentscheidungen umzusetzen.

27 Die SPD-Bundestagsfraktion ist daher aufgefordert, sich im Bundestag für die komplette
28 Gleichstellung von Schwulen und Lesben einzusetzen. Dieses Feld darf nicht allein der
29 GRÜNEN-Bundestagsfraktion überlassen werden.

1 Gründung eines Forums „Netzpolitik“



2 Das Internet verändert unsere Gesellschaft wie kein anderes Medium es jemals
3 geschafft hat. Das Internet ist der Turbomotor hinter der Transformation der
4 Industriegesellschaft in eine Wissensgesellschaft. Aber angesichts aktueller
5 Entwicklungen besteht die berechtigte Sorge, dass die Politik bei dieser Veränderung
6 den Anschluss verliert. Immer mehr Lobby-Gruppen und Einzelinteressen spannen die
7 Politik vor ihren Karren und bestimmen die politische Agenda in diesem wichtigen
8 Bereich.

9 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands war in ihrer über hundertjährigen
10 Geschichte immer offen gegenüber neuen Medien und Kommunikationsmitteln und hat
11 diese auch schnell für sich zu benutzen gewusst. Es war gerade die Arbeiterbewegung
12 die für Presse- und Informationsfreiheit eingetreten ist. Der Vorwärts, die Parteizeitung
13 der SPD, zählt zu den ältesten Parteizeitungen der Welt und ist auch heute noch eine der
14 auflagenstärksten. Der Zugang zu Medien und Informationen war für die SPD auch
15 immer ein Schlüssel für mehr Freiheit und Gleichberechtigung.

16 Auch die neuen Medien hat die SPD frühzeitig in das Parteileben eingebaut. So war es
17 die SPD, die die als erste deutsche Partei einen Parteitag live ins Internet gestreamt hat.
18 Mit dem Virtuellen Ortsverein wurde die erste Parteigliederung im Internet überhaupt
19 von Sozialdemokraten gegründet.

20 Aktuelle Debatten und Gesetzgebungsverfahren geben zu befürchten, dass die SPD auf
21 diesem wichtigen Feld nicht mehr Motor einer fortschrittlichen Entwicklung ist, sondern
22 sich immer mehr in den Strudel konservativer und Einzelinteressen verfolgender Kräfte
23 hinabziehen lässt. Deshalb ist es an der Zeit, in Klausur zu treten und die progressiven
24 und an dem Thema Netzpolitik interessierten Kräfte zu sammeln und über aktuelle und
25 neue Positionen einer sozialdemokratischen Netzpolitik zu sprechen.

26 In Norddeutschland haben sich bereits erste lockere Strukturen gebildet und mit dem
27 Treffen der „SPD-Netzpolitiker“ in Hamburg am 1. August erste Themen besprochen. Der
28 „Ludwigsburger Dialog“ für Informationsfreiheit und gegen Internetsperren hat
29 ebenfalls Forderungen für mehr Mitsprache der SPD-Basis bei diesem wichtigen Thema



30 gefordert. Weitere Treffen und Veranstaltungen werden über die Netzpolitik-
31 Community unter <http://netzpolitik.mixxt.de/> organisiert. Die Bewegung, die hier
32 entstanden ist, muss nun von der Mutterpartei unterstützt werden. Die Kräfte müssen
33 gebündelt und neue Positionen erarbeitet werden.

34 Die Hamburger Jusos fordern die SPD auf, die bereits vorhandenen und neuen
35 Kompetenzen aus den verschiedenen Politikfeldern zu bündeln und so schnell wie
36 möglich ein Forum „Netzpolitik“ einzurichten. Dieses soll als zentrale Plattform für
37 netzpolitische Diskurse in Partei und Fraktion dienen und den Know-How-Austausch
38 zwischen den Parteigliederungen und -ebenen erleichtern.

1 Was ist ein Initiativantrag?

2 Heute, wie auch in der Vergangenheit, werden Anträge für die
3 Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg initiativ eingereicht, also mit Hilfe der
4 Unterstützung einer in der Geschäftsordnung festgelegten Mindestanzahl von
5 stimmberechtigten Delegierten vor Ort. Dabei ist irrelevant, welchen Inhalt dieser hat.

6 Es gibt Anträge, bei denen eine schnelle und deshalb initiative Befassung sinnvoll ist,
7 andere sind es nicht.

8 Unbestritten sollte sein, dass immer rechtzeitig auf die vorgeschriebene Antragsfrist
9 hingewiesen wird und diese den Antragstellern auch hinreichend bekannt ist. Auch der
10 Zweck der Antragsfrist ist bekannt: So soll eine inhaltliche Auseinandersetzung über die
11 darin enthaltenen Forderungen und Meinungen auch in den Arbeitsgremien möglich
12 werden. Initiativanträgen bei denen schlicht die Antragsfrist verpasst wurde und keine
13 relevante Notwendigkeit für die sofortige Befassung erkennbar ist, sollten demnach
14 nicht die Möglichkeit zur initiativen Einreichung gegeben werden.

15 Forderung:



16 Die Jusos Hamburg fordern alle ihre antragsberechtigten Gliederungen und Gremien
17 dazu auf, die angekündigten Antragsfristen zum Einreichen von Anträgen zur
18 Landesdelegiertenversammlung ernst zu nehmen und die kurzfristige Einreichung von
19 Initiativanträgen mit komplexen und inhaltlich anspruchsvollen Themen und
20 Forderungen zu vermeiden, insbesondere dann, wenn eine sofortige Befassung nicht
21 notwendig erscheint.

1 Eine lebendige Stadt braucht Kontraste – Solidarität mit
2 „Komm in die Gänge“

3 Das Gängeviertel befindet sich inmitten der Hamburger Innenstadt in der
4 Caffamacherreihe/ Ecke Valentinskamp. Bei dem Viertel handelt es sich um eine der
5 letzten historischen Bausubstanzen in der Innenstadt Hamburgs. Es besteht aus ca. 12
6 Häusern, von denen die meisten denkmalgeschützt sind oder als denkmalwürdig
7 eingestuft werden. Bis vor 7 Jahren wurden die Häuser noch vermietet und bewohnt,
8 doch nun stehen die meisten leer und die Bausubstanz verkommt immer weiter: zur
9 Instandhaltung der Häuser wird von der Stadt nichts getan. Schon mehrere Investoren
10 haben versucht das Gelände von der Stadt zu kaufen und es anderweitig zu bebauen:
11 Ein holländischer Investor hat 2008 den Zuschlag bekommen und plant 80% der
12 historischen Gebäude abzureißen und den Rest im Kern zu sanieren und modern
13 aufzustocken.

14 Künstler und andere Kreative Hamburgs nutzen das Viertel jedoch schon seit einiger
15 Zeit und haben die Initiative „Komm in die Gänge“ gegründet und die leerstehenden
16 Häuser im August 2009 friedlich unter Beschlag genommen. Sie setzen sich für einen
17 Erhalt der historischen Bausubstanz ein und fordern, dass das Gängeviertel auch
18 weiterhin als künstlerischer Freiraum und kulturelle Begegnungsstätte genutzt werden
19 kann. Sie haben in den letzten Monaten allen Besuchern die Häuser zugänglich gemacht
20 und bieten Führungen an. Jeder Hamburger kann diese Häuser, die einen großen Teil der
21 Hamburger Geschichte schrieben, besichtigen. Es finden dort Ausstellungen der
22 Künstler, Konzerte und Diskussionen statt.

23 Es darf nicht sein, dass auch noch die letzten historischen Gebäude Hamburgs großen
24 Büroflächen mit Tiefgaragen weichen müssen- gegen den ausdrücklichen Willen von
25 Anwohnern und Beteiligten. Hamburg sieht sich selbst als Künstlermetropole und
26 möchte gleichzeitig die letzten Freiräume für Künstler dieser Stadt zerstören. Die
27 Subkultur, die sich im Gängeviertel entwickelt hat ist einmalig, und absolut
28 erhaltenswert. Der historische Wert dieser aus drei Jahrhunderten stammenden
29 Gebäude ist ebenfalls unermesslich.



30 Deswegen fordern die Jusos Hamburg dazu auf die Volksinitiative „Lebendiges und
31 kreatives Gängeviertel“ zu unterstützen und sich solidarisch zu erklären.

32 Des Weiteren fordern die Jusos Hamburg den Hamburger Senat dazu auf, eine Lösung
33 zu finden, die Künstler und Mieter mit einbezieht, die historische Bausubstanz erhält
34 und den Charakter des Gängeviertels nicht zerstört.

1 **Wer nicht rauchen darf, soll auch nicht passiv rauchen**
2 **müssen!**

3 Das Jugendschutzgesetz verbietet die Abgabe von Tabakwaren an Jugendliche sowie
4 den Konsum in der Öffentlichkeit für jeden unter 18 Jahren. Der Zugang zu Tabakwaren
5 wird bereits durch eine Alterskontrolle an den Automaten erschwert. In Gaststätten darf
6 nur mehr in separat abgetrennten Räumen geraucht werden.

7 Damit sollen Kinder und Jugendliche vor den gesundheitlichen Gefahren des Rauchens
8 bewahrt werden. Allerdings stellt nicht nur das Rauchen eine gesundheitliche
9 Gefährdung für Kinder und Jugendliche dar, sondern auch das Passivrauchen. So haben
10 Kinder, die einer Belastung durch Zigarettenrauch ausgesetzt sind, ein größeres Risiko,
11 an Krankheiten wie z. B. Asthma, diversen Allergien, Bronchitis und Lungenentzündung
12 zu erkranken.

13 Wenn man sich dafür entscheidet, Gaststätten mit Raucherräumen auszustatten, ist es
14 nur konsequent, dass man diese Räume erst dann betreten darf, wenn man selbst auch
15 rauchen darf. Wenn in öffentlichen Räumen das Rauchen für Kinder und Jugendliche
16 verboten ist, sollte als logische Konsequenz auch das Passivrauchen verboten sein.

17 Deshalb fordern wir, dass, solange es Raucherräume in Gaststätten gibt, diese erst ab 18
18 Jahren betreten werden dürfen.